

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,50 Mark monatlich, 1,30 Mark wöchentlich, 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,30 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1876.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die hochhaltbare Kolonelleite über deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgebundene Wort 30 Pf. (täglich 2 festgebundene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 6 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 11. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Parteigenossen!

Zwei unheilvolle Jahre liegen hinter uns. Noch immer jagt die schreckliche Kriegsjurie erbarmungslos mordend und fegend durch die Lande. Millionen blühender Menschenleben sind vernichtet, viele Hoffnungen und unermessliche Kulturgüter zerstört worden.

Soll dieses Länder und Volkskraft verwüstende Ringen, das schwerste Unglück, das je die Kulturmenscheit heimgejucht hat, noch immer kein Ende nehmen?

Nur das Bewußtsein, einen Verteidigungskrieg zu führen, der Deutschland von den gegnerischen Mächten aufgezungen wurde, löste bei unseren Brüdern im Waffenrock die heldenmütige Hingabe und zähe Tapferkeit aus, mit denen sie dem Ansturm der feindlichen Massenheere standhalten. Nur für die Sicherheit des Landes, für dessen politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Lebensmöglichkeit kämpft und leidet das deutsche Volk, nicht aber zur Verwirklichung irgendwelcher Eroberungspläne.

Als am 4. August 1914 die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie im Reichstage sich ihren Grundfähen getreu für die Verteidigung des Landes erklärte und die dazu erforderlichen Mittel bewilligte, befandete sie zugleich:

„Wir fordern, daß dem Krieg, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat diese Forderung immer wieder erhoben. Der Reichskanzler hat mehrmals erklärt, daß er zu Friedensverhandlungen bereit sei. Leider haben die gegnerischen Regierungen eine Erklärung, daß auch sie zu Verhandlungen bereit sind, bisher nicht abgegeben, weil sie, wie die blutigen Offensiven an allen Fronten beweisen, immer noch hoffen, Deutschland und seine Verbündeten militärisch niederringen zu können. Sie stützen sich dabei auf ihren unerschütterlichen Glauben an die größere Volkszahl und Hilfsquellen der Ententeländer.

Der Friedenswille, der bei den Völkern der gegnerischen Länder ebenso stark ist, wie in Deutschland, wird zweifellos geschwächt und zurückgedrängt, wenn gleich den chauvinistischen Eroberungspolitikern in den Ententeländern auch in Deutschland einflußreiche Kreise Kriegsziele aufstellen und Eroberungspläne propagieren, die die Völker jener Länder zum zähesten Widerstand aufstacheln müssen.

Es erscheint deshalb an der Zeit, daß das deutsche Volk frei und unbeschränkt zu diesen Eroberungsplänen Stellung nimmt, deren Verwirklichung den Keim zu neuen Kriegen legen würde und die nur zu sehr geeignet sind, den Krieg zu verlängern.

Die von der sozialdemokratischen Partei seit langer Zeit geforderte Aufhebung des Belagerungszustandes ist nicht erfolgt, auch die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele ist bisher nicht zugestanden worden. Trotzdem sind die Anzessionswünsche gewisser Kreise immer wieder an die Öffentlichkeit gekommen und zur Stimmungsmache im feindlichen Ausland benutzt worden.

Nachdem nunmehr am 1. August d. J. in zahlreichen deutschen Städten Versammlungen des „Nationalen Ausschusses zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens“ stattgefunden haben, in denen von den meisten Rednern Kriegsziele, vielfach in annexionistischem Sinne erörtert worden sind, ist es eine unabwiesbare Pflicht der Regierung, die Erörterung der Kriegsziele allgemein frei zu geben. Wir haben daher in einer Eingabe an den Reichskanzler die Freigabe der Kriegsziel-Erörterungen erneut dringend gefordert.

Die Parteiorganisationen im Reich fordern wir auf, demnächst öffentliche Versammlungen zu veranstalten, in denen zu den Kriegs- und Friedenszielen Stellung genommen werden soll. Auch ersuchen wir, Vorbereitungen für die Unterzeichnung einer Petition zu treffen, in der ein Frieden verlangt wird, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht und unserem Land die territoriale Unversehrtheit, Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet.

Berlin, den 11. August 1916.

Der Vorstand

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ein sächsisches Elektrizitätsmonopol.

I.

Anfang Juli hat eine Zwischen-Deputation der Zweiten Sächsischen Kammer, die seit der Vertagung des Landtags im Frühjahr ihre Beratungen aufgenommen hatte, die Verhandlungen über einen Plan geschlossen, der über die Grenzen Sachsens hinaus Beachtung verdient. Er bezweckt nämlich die Errichtung eines Staatsbetriebes zur Elektrizitätsversorgung des Landes, der schließlich die gesamte Stromerzeugung in sich vereinen soll. Wenn auch kein gesetzliches Staatsmonopol für die Produktion elektrischer Kraft geschaffen werden soll, so steuert der Plan doch auf ein tatsächliches Monopol des Staates hin. Da der ungeheure Finanzbedarf des Reiches, der durch den Weltkrieg geschaffen wurde, den Gedanken von Reichsmonopolen neu gewedt hat, wobei mehrfach auf die Erzeugung des elektrischen Stromes als Gegenstand eines solchen Monopols verwiesen worden ist, so darf der sächsische Plan im Reich besonderes Interesse beanspruchen.

Die Bestrebungen auf Zentralisierung der Elektrizitätsversorgung Sachsens sind zum Teil von kommunaler Seite verfolgt worden. In der weitgehenden Berücksichtigung, die die Stromerzeugung und -verteilung des Landes charakterisiert — es bestehen 131 Elektrizitätsunternehmen bzw. -gesellschaften sehr verschiedener Größe, von denen einige allerdings nur den Kleinverkauf des Stromes betreiben, den sie von den Werken anderer Gesellschaften beziehen —, bilden die Werke und Leitungsnetze der Gemeinden und Gemeindeverbände den überwiegend größten Bestandteil. Unter ihnen entstand ein engerer Zusammenschluß, der zunächst durch die sächsische Bürgermeisterversammlung getragen wurde. Im Jahre 1912 aber erhielt er einen besonderen Körper in dem Verband der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens (kurz Elektroverband genannt). Er setzte sich zum Ziel die Zusammenfassung der Elektrizitätsversorgung in der technisch und wirtschaftlich vollkommensten Betriebsform und die Abwehr eines Monopols von Privatgesellschaften, wozu in Sachsen mindestens Ansätze vorhanden seien. Trotz des Uebergewichts der kommunalen Werke erschien ihre Stellung nämlich bedroht durch das schnelle Ausbreiten großer privater Elektrizitätsgesellschaften, die Tochtergründungen der mächtigen und kapitalkräftigen Konzerne, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (A.E.G.) und der Siemens-Schubert-Werke (S.S.W.) sind. Viele neueren Privatwerke mit Ueberlandwerken — die älteren ohne Ueberlandwerke sind Kleinbetriebe, die die Stromerzeugung meist nur als Nebenzweig einer Fabrikanlage betreiben —, lieferten zwar 1914 erst rund 48 Millionen Kilowattstunden gegen rund 145½ Millionen Kilowattstunden, die von den Werken der kommunalen Körperschaften erzeugt wurden. Daneben stehen noch 13 Millionen Kilowattstunden, die von gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, an denen Privatgesellschaften neben Gemeindeverbänden beteiligt sind, ausgebracht wurden und einige andere kleinere Posten. Es stand also einem Anteil der großen Privatwerke von 24,2 Proz. an der Gesamtstromerzeugung eine solche von 69,3 Proz. der kommunalen Werke gegenüber. Aber im Zeitraum von 1905 bis 1914 waren die ersteren weit schneller als die letzteren gewachsen. Von 2½ Millionen Kilowattstunden stieg die Leistung der Privatwerke in dieser Zeit auf 48 Millionen, also um mehr als das 14fache. Die kommunalen Werke hatten dagegen im selben Zeitraum ihre Kilowattstundenzahl von 33 auf 145½ Millionen, um etwa das 4½fache erhöht. Da zudem verschiedene der kommunalen Werke notleidend oder technisch überholt sind, während die großen Privatgesellschaften den starken Rückhalt der Elektrizitätskonzerne haben und ihre Werke meist neueren Ursprungs und technisch modern sind, so waren die Bestrebungen des Elektroverbandes schon begründet.

Gleich nach seiner Gründung schritt der Verband zur Ausarbeitung eines Planes für die Zusammenfassung der kommunalen Werke zur Stromerzeugung. Er sah die Errichtung je eines Großkraftwerkes im Osten und im Westen Sachsens in unmittelbarer Nähe von Braunkohlengruben vor, so daß das Heizmaterial nicht durch Frachtkosten verteuert wurde. (Die Wasserkräfte Sachsens sind für Elektrizitätserzeugung im großen zu gering.) Der Strom sollte den kommunalen Werken zu einem Preise zugeleitet werden, daß die kleineren und mittleren Werke mit veralteten Einrichtungen und hohen Selbstkosten vorteilhaft stillgelegt werden konnten. Nur vier bis fünf technisch auf der Höhe stehende Werke sollten im ersten Jahrzehnt zur Reserve und Unterstützung der Verbandszentralen weiter betrieben werden; der Verband sollte sie nachweise übernehmen. Die Anlagekosten berechnete der Plan auf etwa 60 Millionen Mark, wofür neben den beiden Kraftwerken die Hauptleitungen, die 100 000 Volt-Strom verteilen, 9 Hauptwerke, die ihn auf 30 000 Volt transformieren, und die Leitungen für den 30 000 Volt-Strom hergestellt werden sollten; außerdem waren noch 2 Millionen Mark für den Ankauf eines Braunkohlensfeldes im Osten vorgezehen, das die Stadt Dresden für diesen Zweck bereits erworben hatte. Für das Westwerk sollte die Kohlenlieferung durch eine Privatkohlengrube er-

folgen, die einen langjährigen Vertrag anbot. Dem Plan eingehende Berechnungen über die Kosten der Stromerzeugung beigegeben, die seine Wirtschaftlichkeit erweisen sollten. Für den Strompreis, den die angeschlossenen Gemeinden und Gemeindeverbände zu zahlen hätten, war ein Tarif aufgestellt, der Abstufungen je nach der Menge des im Jahre entnommenen Stromes und nach der Benutzungsdauer der Höchstbelastung vorsah. Der höchste Preis sollte 6,5 Pfennig die Kilowattstunde betragen — bei einem Jahresverbrauch bis 5 Millionen Kilowattstunden und bis 1000 Stunden Benutzungsdauer der Höchstbelastung, der niedrigste 2,25 Pfennig bei 50 bis 100 Millionen Kilowattstunden Jahresverbrauch und über 3000 Stunden Benutzungsdauer der Höchstbelastung. Die Kosten der Anlagen sollten durch eine Anleihe des Verbandes aufgebracht werden.

Der Verband mußte natürlich die Zustimmung der Regierung zu seinem Plan haben. Diese verhielt sich auch anfänglich nicht ablehnend, förderte die Vorarbeiten durch Gewährung eines Darlehens von 100 000 Mark und noch im Jahre 1914 hat das Finanzministerium zwar unverbindlich, aber grundsätzlich eine finanzielle Beteiligung des Staates an dem Unternehmen in Aussicht gestellt, wenn der Staat dadurch Teilhaber werde und Vertretung in der Geschäftsleitung und Beaufsichtigung erhalte. Ende Oktober 1915 aber gab die Regierung bekannt, daß sie ihre Haltung zum Verbandsplan geändert habe. Sie legte dem Landtag eine ausführliche Denkschrift vor, in der sie die Zusammenfassung der Elektrizitätsversorgung in Staatsbetriebe für notwendig erklärte und die Grundzüge für diesen Betrieb entwickelte. Ihr Plan stimmt in wesentlichen Punkten mit dem des Verbandes überein, er sieht auch je ein Großkraftwerk im Osten und Westen in der Nähe von Braunkohlengruben vor, geht aber über ihn hinaus mit dem Ziel, die großen privaten Elektrizitätsunternehmen in absehbarer Frist in den Staatsbetrieb aufzunehmen. Da diese Gesellschaften für ihre Leistungen öfter staatliche Grundstücke und Wege benutzen müssen, wozu ihnen die Erlaubnis nur auf jederzeitigen Widerruf erteilt worden ist, meint die Regierung ein Mittel in der Hand zu haben, um die Gesellschaften zu Verträgen zu gewinnen, nach denen sie innerhalb 10 bis 15 Jahren zu angemessenen Bedingungen ihre Werke und Leitungsnetze übernehmen würde. Im Gegensatz zum Plan des Elektroverbandes wollte jener der Regierung indes nicht den Bau neuer Kraftwerke, sondern den Erwerb zweier großer und moderner Werke von Privatgesellschaften. Für den Osten wurde das Werk Sirchsfelde der Elektrizitätslieferungs-gesellschaft (E.L.G.), einer Tochtergesellschaft der A.E.G., zum Ankauf in Aussicht genommen. Das Werk ist neu und noch lange nicht voll ausgenutzt. Es liegt direkt an Braunkohlengruben und in der Nähe befinden sich staatliche Braunkohlensfelder, die bei Bedarf in Angriff genommen werden können. Die Denkschrift der Regierung enthielt einen Vertrag mit der E.L.G., wonach das Werk für 5 Millionen Mark in seinen Besitz überginge. Nach Genehmigung durch den Landtag sollte er sofort in Kraft treten. Für den Westen hatte der Staat den Ankauf eines Werkes noch nicht vorgezehen; er wollte sich dort vorerst mit dem Erwerb von Anteilen eines Privatwerkes begnügen. Mit einer Beteiligung bis 49 Proz. gedachte er sich genügenden Einfluß zu sichern, später erst sollte er Vollen Eigentümer werden. Ueberhaupt entwickelte die Regierung nicht, wie der Elektroverband, einen bis aufs letzte ausgearbeiteten Plan, sie gab weder Rentabilitätsberechnungen noch Tarifverträge, sondern zeichnete die allgemeinen Umrisse des Unternehmens. An konkreten Maßnahmen sah sie vorerst nur den Ankauf des Werkes Sirchsfelde und den Bau einer Fernleitung nach Dresden bzw. Freiberg vor, der aber erst nach Beendigung des Krieges in Angriff genommen werden kann. Als erste Rate für die Arbeiten forderte die Regierung vom Landtag die außeretatmäßige Bewilligung von 20 Millionen Mark.

Nationalauschuß und Sozialdemokratie.

Unser Nürnberger Parteiblatt, die „Fränkische Tagespost“, hatte, neben einigen anderen Parteiblättern, seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Nürnbergs Dr. Südekum neben August Müller und Anton Fendrich als Redner des Deutschen Nationalauschusses an den Veranstaltungen vom 1. August teilgenommen hat. Dr. Südekum richtet nun an die „Fränkische Tagespost“ ein Schreiben, in dem er die Gründe für seine Beteiligung an den Versammlungen des Nationalauschusses darlegt. Das Schreiben lautet in seinem wesentlichen Teil:

„Die Gründe, die mich bewegen, die günstige Gelegenheit einer zufälligen Anwesenheit in Mannheim am 1. August nicht ungenutzt zu lassen, sondern der Einladung des Nationalauschusses zu einer Rede in jener Stadt zu entsprechen, sind im wesentlichen die folgenden: Zunächst halte ich es angeht, das immer wieder betonten Willens der leitenden Staatsmänner unserer Feinde, den Krieg bis zur Niederringung oder Vernichtung Deutschlands fortzusetzen, für eine heilige Pflicht, meine Landsleute aus allen Kreisen der Bevölkerung bei aller Betonung unseres Friedenswillens zum entschlossenen Durchhalten aufzurufen; diese Pflicht wird durch das gewissenlose Treiben eines Teils der sogenannten Parteiopposition und durch die Laubheit vieler Sozialdemokraten, die grundsätzlich mit der Politik des 4. August einverstanden sind,

noch bringlicher gemacht. Sodann glaube ich, daß es durchaus notwendig ist, dem Treiben der sehr ruhigen Annetionisten entgegenzutreten und dazu die Mitarbeit sehr weiter, über die sozialdemokratische Arbeiterschaft herausreichender Kreise zu gewinnen. Um der Wahrheit und meinem Vaterland zu dienen, nicht um den befallenen Personen zu gefallen, kämpfe ich drittens gegen die insamen Verdächtigungen, mit denen der Reichsanzler und alle diejenigen überschüttet werden, die seiner Friedenspolitik Unterstützung leisten. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß ich in jedem Punkt mit jedem übereinzustimmen brauche, der sich an diesem Werk beteiligt. Endlich habe ich die Rede in Mannheim auch aus dem Grund gehalten, um der nach meiner Ansicht nützlich und nötigen Erörterung der Friedensfragen den Weg bahnen zu helfen; die zuständigen Behörden werden auf die Länge der Zeit den Parteien nicht verfallen können, was sie dem Nationalauschuß gewährten."

Die Redaktion der „Frankfurter Tagespost“ antwortet darauf: „Zu dem uns heute zugegangenen Briefe haben wir zu bemerken, daß wir gar keine Veranlassung haben, von unserem Bedauern über die Teilnahme des Genossen Südekum an der Veranstaltung des Nationalauschusses auch nur das Mindeste zurückzunehmen. Genosse Südekum vertrat auch in diesem Falle, daß es nicht gleichgültig ist, welche Kreise und Absichten man durch sein Hingutreten als Sozialdemokrat unterstützt. Was Genosse Südekum in Mannheim gesprochen hat, wird bald der Erinnerung seiner Zuhörer entschwunden sein, daß er aber mit Darnod, Arndt, Raumann, Gäh, Marsch, Ziegler, Blume, Mohrbach, mit Zentrumsleuten, Nationalliberalen, Fortschrittler zusammen an einer Aktion teilgenommen hat, daß er damit die Sozialdemokratie für die Aktion mit verantwortlich gemacht hat, das ist das Entscheidende...“

Das Blatt zitiert darauf die bekannte Resolution des Parteiaussschusses vom 21. Juli (siehe „Vorwärts“ Nr. 200) und fährt dann fort:

„Die übergroße Mehrzahl der Redner des Deutschen Nationalauschusses hat sich für Annetionen erklärt. Das war durchaus nicht erstaunlich. Der Deutsche Nationalauschuß berief sich vor dem 1. August auf eine Erklärung des Reichsanzlers über die Kriegsziele des General-Feldmarschalls v. Hindenburg gegenüber: Vortragung der Grenzen im Osten, reale Garantien im Westen; ohne beide kein Friede und kein Aufgeben der besetzten Gebiete. Da diese Erklärung des Deutschen Nationalauschusses im Widerspruch steht mit der Beschlusfassung des Parteiaussschusses, der in diesem Falle von der weitaus überwiegenden Masse der Partei getragen wird, so haben wir alle Veranlassung gehabt, unser Bedauern auszudrücken, daß sich Genosse Südekum in den Kreis der Redner des Deutschen Nationalauschusses begeben hat.“

Daß eine zufällige Anwesenheit des Genossen Südekum in Mannheim am 1. August diesen folgenschweren Entschluß mit veranlaßt hat, ist uns natürlich neu. Wir glauben, daß so wichtige Aktionen durch beratende Nebenbeteiligte nicht bestimmt werden. Genosse Südekum hat aber auch andere Gründe, leider nur nicht den Grund, daß er nicht auf eigene Faust, sondern im Einverständnis mit den Parteioberorganen gehandelt hat. Genosse Südekum war ein starker Kämpfer im Streit, als die Genossen Haase, Pöhl, Schwarz usw. aus der sozialdemokratischen Fraktion auswichen. Wer bei anderen die Politik auf eigene Faust vertritt, darf nicht selbst in dieser Politik besonders glänzen.“

Das Vertrauen des Genossen Südekum zum Reichsanzler ist sehr stark. Ob es begründet ist, ist eine ganz andere Frage. Gerade über die Kriegsziele stehen sich ja Erklärungen des Reichsanzlers und die dem General-Feldmarschall v. Hindenburg gegenüber, und die Vertreter der sechs Verbände deuten an, daß auch ihnen gegenüber der Reichsanzler ein anderes Kriegsziel ausgesprochen hat... Das veranlaßt uns zu aller Zurückhaltung dem Reichsanzler gegenüber über in der Frage der Beendigung des Krieges, ganz abgesehen von all der Zurückhaltung, die uns seine innere Politik und seine Ernährungspolitik aufzuweisen.“

Genosse Südekum hofft von der Tätigkeit des Deutschen Nationalauschusses die Freiheit der Erörterung der Friedensfragen. Aber selbst in Mannheim konnte nur der Redner des Deutschen Nationalauschusses sprechen. Auch dort galt es als selbstverständlich, daß keine Diskussion möglich war. So läßt heute die von Genossen Südekum uns aufgenötigte Betrachtung seine Wirksamkeit im Rahmen des Deutschen Nationalauschusses nicht minder bedauerlich erscheinen, als an dem Tage, als das Politische Depeschensbüro ihn im Kreise der mehr oder minder lebhaften Annetionisten vorgeführt hat.“

Was unser Nürnberger Parteiblatt, das bekanntlich in den Parteieinverständigungen eine vermittelnde Haltung einnimmt, gegen Südekum sagt, gilt natürlich auch für Fendrich und vor allem für Dr. August Müller, der in der Öffentlichkeit als „Vertreter“ der Sozialdemokratie im Vorstand des Kriegsernährungsamts betrachtet wird. Wir haben vergeblich erwartet, daß die Kreise, die hinter den Beschlüssen des Parteiaussschusses stehen und die sonst mit Mißbilligungs- und Verdammungsurteilen gegen die Linke so schnell bei der Hand sind, sich zu dem eskalanten Verstoß der Südekum-Müller-Fendrich gegen den Beschluß des Parteiaussschusses äußern würden. Da dies bisher nicht geschehen ist und die breite Öffentlichkeit daraus falsche Schlüsse über die politische Haltung der Partei ziehen könnte, sehen wir uns, im Anschluß an die Ankerungen der „Frankfurter Tagespost“ zu der Feststellung genötigt, daß die Partei mit der „Sonderaktion“ der drei Nationalauschuß-Sozialdemokraten nicht das geringste gemein hat.“

Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. August. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Mitwoch nachmittag. Nördlich der Somme verließen die Deutschen heftige Gegenangriffe gegen die von den Franzosen gestern und vorgestern nördlich des Gehölzes von Hem eroberten Stellungen. Diese im Feuer geschickten Versuche lösteten den Deutschen schwere Verluste. Sie wurden zurückgeschlagen, ausgenommen an einem Punkte, wo sie einen Schützengraben wiedereroberten, der durch einen französischen Angriff zum großen Teil wieder genommen wurde. Das Vorbringen der Franzosen in den Stücken, welche die Deutschen besetzt hatten, geht mit Hilfe von Handgranaten lebhaft weiter. Zwischen dem Gehölz von Hem und dem Fluße beschossen die Deutschen mit schwerem Geschütz die Stellungen, welche die Franzosen ausbauen.“

In der Gegend von Chaulnes dauerte der Artilleriekampf besonders zwischen Vihons und der Bahn nach Chaulnes kräftig fort. Dort drangen die Deutschen an einem Punkte in vorgeschobene französische Grabenstücke ein, aus denen sie unverzüglich mit dem Bajonett herausgeworfen wurden.“

Auf dem rechten Ufer der Maas dauerte der Kampf um Thiaumont einen Teil der Nacht über an. Nachdem zahlreiche deutsche Angriffe abgewiesen worden waren, nahen die Deutschen dort erneut Fuß, während die Franzosen weiterhin die nächsten Zugänge zum Werk besetzt halten, das ihre Artillerie energisch unter Feuer genommen hat. Im Dorf Fleury machten die Franzosen mit Handgranaten einige Fortschritte. Sie schlugen nach lebhaften Kämpfen einen deutschen Angriff auf einen ihrer Schützengräben im Walde von Baug und Chapitre ab.“

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 10. August 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Artilleriekampf zwischen dem Ancre-Bach und der Somme wird mit großer Kraft fortgesetzt. Englische Angriffsabsichten bei Bazentin-le-Perit wurden durch Feuer unterbunden. Die Zahl der seit dem 8. August in unsere Hand gefallenen unverwundeten Engländer hat sich auf 13 Offiziere und 500 Mann erhöht. Zwischen Maurepas und der Somme scheiterten abends und während der Nacht acht französische Angriffe.“

Nachts der Maas wird, abgesehen von kleinen Handgranatenkämpfen, keine Artillerietätigkeit gemeldet.“

Im Luftkampf und durch Abwehrfeuer sind zwei feindliche Flugzeuge südlich von Bapaume, je eins südlich von Lille, bei Lens und bei Saarburg i. Lothr. abgeschossen.“

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Südlich von Smorgon herrschte lebhafteste Feuer- und Patrouillentätigkeit.“

Mehrfache russische Angriffe sind am Strumien bei Dubeczje, am Stochod bei Lubieszow-Berezhje, bei Smolary-Barece und bei Witoniez blutig abgewiesen; bei Barece nahmen wir bei Gegenstößen 2 Offiziere 340 Mann gefangen. Ueberrumpelungsversuch im Stochodbogen östlich von Kowel blieb ergebnislos.“

Südlich von Baloeze entwickelten sich heute früh neue Kämpfe.“

Front des Feldmarschalleutenants Erzherzogs Carl.

Bei und südwestlich von Weleniew sind starke russische Angriffe, teilweise im frischen Gegenstoß, zurückgeschlagen. Hier und südlich des Dnjepr sind die befohlenen neuen Stellungen planmäßig eingenommen.“

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.“

Oberste Heeresleitung.

Erfolgreiche deutsche Luftschiffangriffe.

Lüttich, 10. August 1916. (W. L. B.) Ein Geschwader unserer Seeflugzeuge hat am 9. August mittags vor der flandrischen Küste stehende englische Monitore und leichte Streitkräfte erfolgreich mit Bomben angegriffen und mehrere einwandfrei festgestellte Treffer erzielt.“

Am gleichen Tage sind ferner die russischen Flugstationen Arensburg und Lebara auf Oesel von mehreren deutschen Wasserflugzeuggeschwadern mit gutem Erfolge angegriffen worden. Eine Anzahl Treffer wurden einwandfrei beobachtet. Die Flugzeughalle Arensburg ist schwer beschädigt, die Decke eingestürzt. Von den zur Abwehr aufgestiegenen feindlichen Flugzeugen wurde eins gezwungen, niederzugehen.“

Luftkrieg. Ein französischer Flieger verfolgte ein feindliches Flugzeug südlich von Lunbville und zwang es, vor den französischen Linien zu landen, wo die Artillerie es zerstörte. An der Westfront lieferten französische Flieger zahlreiche Kämpfe. Sechs deutsche, ernsthaft getroffene Flugzeuge gingen in ihren Linien nieder. Ein deutscher Fesselballon wurde zerstört. In der Nacht zum 9. August warfen französische Flieger Geschosse auf die Pulverfabrik von Rottweil am Radar. 150 Kilogramm auf die Gebäude abgeworfener Explosivstoffe riefen dort Brände und Explosionen hervor. Abteilungen von 20 und 30 französischen Fliegern flogen über die Vogesen und den Schwarzwald. Im Laufe derselben Nacht warfen französische Geschwader 24 Geschosse auf die Bahnhöfe von Andun le Roman, Longueun und Montmedy und 88 auf die Eisenbahnstrecke von Terquiere nach dem Bahnhof von Lafrère.“

Paris, 10. August. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von Mitwoch abends: Nördlich der Somme haben wir den Graben nördlich des Gehölzes von Hem, wo der Feind in der letzten Nacht Fuß gefaßt hatte, vollständig zurückerobert. Wir haben dabei 50 Gefangene gemacht. In der Gegend nördlich des Gehölzes von Hem, wo ein sehr günstig verlaufender lebhafter Kampf entbrannt ist, dauern unsere Fortschritte an. Auf dem rechten Ufer der Maas große Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien im Abschnitt von Thiaumont, Fleury, Baug, Chapitre und Le Chinois. Keine Infanterietätigkeit. Auf dem übrigen Teile der Front verlief der Tag verhältnismäßig ruhig.“

Flugdienst. Ein französisches Flugzeug, das die Rottweiler Pulverfabrik am Radar mit Bomben bewarf, was bereits im Nachmittagsbericht gemeldet wurde, war von den Unterleutenants Baron und Emmanuelli geführt.“

Belgischer Bericht. Unsere Geschütze jeden Kalibers haben heute vormittag die Zerstörung der feindlichen Arbeiten in der Gegend von Vignuiden mit Erfolg wieder aufgenommen.“

Die englische Meldung.

London, 9. August. (W. L. B.) Amtlicher Bericht. Nordwestlich Pozieres rüdten die Australier ihre Linien zweihundert Yards in einer Front von 600 Yards vor.“

London, 9. August. (W. L. B.) Amtlicher Bericht des General Haig: Wir sind im Norden von Pozieres weiter vorgeückt. Der Feind beschloß gestern nacht unsere Schützengräben beim Vorprung von Hjern festig und machte einen starken Angriff, der jedoch wenig Erfolg hatte, denn er war nicht imstande, in unsere Linien einzudringen.“

Kuropatkin kalt gestellt.

Petersburg, 10. August. (W. L. B.) (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) General Kuropatkin, der Oberkommandierende an der Nordfront, ist zum Generalgouverneur von Turkestan ernannt worden.“

Alle Flugzeuge sind trotz heftiger Beschießung durch die englischen und russischen Streitkräfte unverfehrt zurückgekehrt.“

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 10. August 1916. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Deceresfront des Feldmarschalleutenants Erzherzogs Carl.

Auf den Höhen südlich von Habie wiesen österreichisch-ungarische Truppen einen russischen Angriff unter schweren Feindverlusten ab. Mit der Armee des Generalobersten v. Kovsch trat der Gegner gestern nur im Räume von Delatyn in schärfere Gefechtsfähigkeit. Nördlich von Rignow griffen die Russen wieder vergeblich an; sie wurden überall — an mehreren Stellen im Nahkampf — geworren.“

Deceresfront des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Südlich von Baloeze sind seit heute früh neue Kämpfe entbrannt.“

Westlich und nordwestlich von Lucz verhielt sich der Gegner nach den schweren Misserfolgen vom 8. d. Mts. ruhiger, dagegen trieb er nördlich der von Saray nach Kowel führenden Bahn abermals seine Massen bei Tag und bei Nacht zum Angriff über den Stochod vor. Seine Sturmkolonnen brachen meist schon vor unseren Hindernissen zusammen; sie erlitten durchweg schwere Niederlagen; die Verluste der Russen sind wieder sehr groß.“

Italienischer Kriegsschauplatz.

Entsprechend der durch die Räumung des Brückenkopfes von Görz eingetretenen Lage wurde die Stadt ausgegeben und nach blutiger Abweisung neuerlicher italienischer Angriffe auf der Hochfläche von Dobers die gebotene Verichtigung unserer Stellungen — vom Feinde angeführt — durchgeführt. In diesem Räume nahmen unsere Truppen in den letzten Tagen 4100 Italiener gefangen. Beim Einbruch des Gegners in den Görzer Brückenkopf konnten sechs unserer Geschütze nicht mehr geborgen werden.“

Western richteten sich die stärksten Anstrengungen der Italiener gegen den Abschnitt von Plava. Nach zwölfstündigem Artilleriewaffenfeuer griff die feindliche Infanterie Zagora viermal, die Höhen östlich von Plava dreimal an. Alle diese Stürme brachen sich am festen Widerstand unserer Truppen, unter denen sich Abteilungen der Infanterieregimenter Nr. 22 und 52 neuerdings auszeichneten. An der Tiroler Front scheiterten mehrere Angriffsversuche des Feindes in den Dolomiten und drei Angriffe auf unsere Stellungen im Fasulbiogebiet.“

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Belang.“

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Soczer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Der Verlauf der russischen Großkampfflugzeuge in Biume am 1. dieses Monats wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. von unseren Seeflugzeugen, zusammen 21 Seeflugzeugen, in Benedig erwidert, wo sie das Arsenal, Bahnhof, militärische Objekte und Fabrikanlagen mit Bomben im Gesamtgewicht von dreieinhalb Tonnen mit verzerendem Erfolg belegten. Ein Duzend Brände wurden hervorgerufen, davon zwei mit sehr großer Ausdehnung bei der Baumwollfabrik und in der Stadt, die noch auf 25 Meilen Entfernung sichtbar waren. Das heftige Abwehrfeuer der Batterien war ganz wirkungslos. Alle Flugzeuge sind unverfehrt eingedrückt.“

Flottenkommando.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 10. August. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom 9. August nachmittags:

Westfront: In der Gegend östlich von Swintuch eroberten unsere Truppen durch einen Handstreich einen Teil der feindlichen Schützengräben und nahmen dabei 8 Offiziere und ungefähr 600 Mann gefangen. Am Koropiec-Fluß warfen wir den Feind aus einem besetzten Werk und unsere Truppen besetzten das linke Ufer des Flusses bis zu seiner Mündung in den Dnjepr. Südlich vom Dnjepr verfolgten die Truppen des Generals Leischich den Feind weiter und warfen ihn nacheinander aus einer Reihe von Dörfern und Höhen, die er besetzt hatte. Sie erreichten den Zlamag-Fluß, einen Nebenfluß des Dnepr. Am 8. August um 6 Uhr abends eroberten unsere Truppen die Stadt Tsantienica. Die Gesamtzahl der von den Truppen des Generals Leischich im Laufe der Kämpfe am 7. August gemachten Gefangenen beträgt 88 Offiziere, 7400 Soldaten, darunter 3300 Deutsche. Die Zahl von 2000 Deutschen war in dem Bericht vom 8. August gemeldet. Ferner nahmen wir 5 Geschütze, darunter schwere, 68 Maschinengewehre, Munitionswagen und Bombenwerfer.“

Kaukasus: Westlich von Gilmischkhan nahmen unsere Truppen, nachdem sie die Türken von einer beherrschenden Höhe vertrieben hatten, 5 Offiziere, darunter einen Bataillonkommandeur, sowie 88 Askaris gefangen und erbeuteten Waffen. Ein Angriffsversuch der Türken in der Gegend von Kighi (40 Kilometer südlich von Mamoghatur) wurde angehalten. Unsere Truppen griffen an und warfen den Feind aus seiner Stellung. Sie besetzten das Dorf Hoqos (? Chalagos) südlich von Kighi. In der Gegend von Rusch, Dittis, Wan, Urmta und Sinnes, ebenso zwischen Hermanschah und Qamadan finden heftige Kämpfe statt. In der Gegend von Rusch und Dittis zogen wir uns unter dem Druck des Feindes gegen Norden zurück.“

Zusatz: In der Gegend von Friedriehstadt machte unser Fliegerleutnant Tiswenko mit seinem Beobachter Kondrachow einen Erkundungsflug, trotz des feindlichen Artilleriefeuers und trotz eines Angriffes von einem deutschen Albatros. Tiswenko nahm den Feind unter Feuer und, nachdem er ihn vertrieben hatte, setzte er die Erkundung fort. Der feindliche Apparat fiel brennend in die Linie des Gegners. Das Schicksal unserer Flieger ist unbekannt.“

Amtlicher Bericht vom 9. August abends: Westfront: Am Koropiec-Fluß warfen unsere Truppen, nachdem sie den Fluß überschritten hatten, den Feind auf dem rechten Ufer und besetzten eine Reihe von Höhen westlich Weleniew und gegen Süden bis zur Dnjepr-Front an der Eisenbahn Rignow—Monasterzhzla. Beim Zurückgehen zerstörte der Feind seine Linien. Der Gegner machte hier zwei Gegenangriffe, welche wir abwießen, indem wir selbst zum Angriff übergingen. Wir machten dabei 5 Offiziere, 414 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten ein Geschütz und Maschinengewehre.“

In der Gegend von Tsantienica kamen unsere Vorhuten etwas weiter in Richtung Stanislaw vor.“

Zur Kriegslage.

Die Kriegereignisse vom 31. Juli bis 6. August.

Von Richard Gädle.

Die Woche war auf beinahe allen Kriegsschauplätzen erfüllt von vielen, zum Teil erbitterten Kämpfen, die aber nirgends eine Entscheidung gebracht haben. Betrachtet man den Zusammenhang der Dinge im großen, so muß man doch sagen, daß die Offensiven im Osten und Westen eine merkliche Verlangsamung erfahren haben, im wesentlichen zum Halten gekommen sind. Sie haben sich in eine Reihe von örtlichen Gefechten aufgelöst, bei denen zum Teil mit großer Heftigkeit angegriffen wurde, die aber, wenn überhaupt, nur geringe Raumveränderungen zur Folge hatten. Der Gewinn einzelner Geländepunkte aber entscheidet in den meisten Fällen dieses Krieges gar nichts, erst wenn die Widerstandskraft des Feindes, wenn seine Seele gebrochen ist, eine wirkliche Entscheidung da. Man sollte darum auch mit dem Ausdruck Niederlage sehr vorsichtig umgehen. In diesem gewaltigen Kriege ist mancher Mißerfolg zu verzeichnen gewesen; die Zahl der Niederlagen aber war sehr gering. Die Widerstandskraft der eingeleiteten Streitkräfte, ihre außerordentliche Widerstandskraft, wie sie noch kein früherer Krieg in ähnlicher Weise zeigte, und die verhältnismäßige Leichtigkeit ihres Erfolges bringen es zumwege, daß der Weltkrieg nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im militärischen Sinne ein wahrer Abnutzung- und Erschöpfungskrieg ist. Doch ist es wahrscheinlich, daß er nicht, wenn das Gleichgewicht genügend gebracht ist, in einer wirklichen Niederlage sein Ende finden wird. Vergessen wir nicht, daß militärisch und politisch genommen seit unendlichen Zeiten kein Krieg in dem Maße ein wahrer Völkerring gewesen ist wie der gegenwärtige. Die gesamte organisierte Nationalkraft der gegnerischen Völkerbünde ringt miteinander, und die härtere politische Kraft wird sich schließlich auch militärisch durchsetzen. Im meisten Wesentlichen hat dieser gewaltige Kampf, aber in weit größeren Ausmaßen, mit dem zweiten Punischen Kriege, dem Entscheidungskampf zwischen Rom und Karthago. Damit glücklicherweise nicht gesagt ist, daß er auch 16 Jahre dauern müßte. Aber auch er wird wohl seine Schlacht bei Rama haben.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz hat ein allgemeiner Angriff der Gegner in der Berichtwoche nicht mehr stattgefunden. Die Kraft des französischen Heeres, durch Verbund abgenutzt, ist nach dem großen Angriff des 30. Juli vorläufig mindestens allzu sehr geschwächt; fehsichtig schaut ihre Heeresleitung nach einem weiteren Impuls gelber und schwarzer Waffenbrüder aus. Der Versuch eines neuen einheitlichen Angriffes von Franzosen und Engländern am 2. August wurde bereits durch unser Sperrfeuer in zusammenhanglose Teilangriffe zerrissen. Als einziger Gewinn blieb ihnen schließlich das Gebiet Monacu dicht nördlich der Somme. Auch die Engländer, die nach und nach bereits drei Fünftel ihres in Frankreich vorhandenen Gesamtheeres in den schweren Kampf geworfen und in ihm verbraucht haben, brachten es schließlich nur zu Angriffen von 5 bis höchstens 8 Kilometer Breite. Ihre Hauptanstrengungen richteten sich auf den nördlichen Eckpfeiler ihrer Angriffslinie, im Gebiet von Rogieres, um hier den bedingungslos engen Raum zu erweitern, in dem sie bisher eine Deule in unsere Schützengraben geschlagen hatten. Ein richtiger Gedanke, den es aber nicht gelang zu verwirklichen. Sie erzielten schließlich nur ganz unwesentlichen Geländegewinn.

Während die Schlacht an der Somme mit sichtlich schwächerer Kraft fortgesetzt wurde, rafften sich die Franzosen am 2. und 3. zu einem lange vorbereiteten, auf freier Front geführten Angriff auf dem östlichen Frontabschnitt auf. Er verfolgte augenscheinlich weitest Ziele, sollte unsere ganze Angriffslinie gegen Souville und Tonnancé wieder zurückdrängen und wurde mit der gähen Tapferkeit geführt, die wir den Franzosen nachrühmen müssen. Am 2. August brach er los und richtete sich in 8 Kilometer langer Linie gegen den Pfefferhügel, gegen den Thiaumont-Hüden, gegen das Dorf Fleury und seine Anzshulplätzen, gegen den Bergwald und das Raucourt-Wäldchen. Erst nach fünfzigem erbitterten Ringen kam der Angriff am 6. August zum Stehen; als Gewinn konnten die Franzosen die einseitige Wiedereroberung der Höhe buchen, auf der sich einst das Bangerwerk Thiaumont, jetzt eine wüste Trümmerstätte, erhoben hatte, sowie einiger weniger Häuser am Südrande von Fleury. Im übrigen war der Angriff auch dort, wo er vorübergehende Erfolge erzielt hatte, durch den Gegenangriff schließlich abgewiesen worden. Daß die Kämpfe mit äußerster Kraft geführt sein müssen, beweisen auch die Zahlen der Gefangenen, die beide Teile vorzeichnen.

Deutlicher noch als im Westen tritt die Ermattung der feindlichen Angriffskraft im Osten zutage. Während die Offensiven im Juni im ganz großen Stile geführt wurde, unsere Verbündeten auf der ganzen Front von Czortow bis zur rumänischen Grenze angriffen und sich auf den beiden ausgedehnten Flügeln zu größerem Gewalt verhielten, während auch im Juli immer wieder der Versuch erneuert wurde, den großen Angriff wieder in Fluß zu bringen, ist im August die Offensive als solche zum völligen Stillstand gekommen. Und nur an einzelnen Stellen verläßt Druslow noch Raum zu gewinnen; an einen Durchbruch kann er mit seinem gegenwärtigen Verfahren nicht denken. Seine stärksten Angriffe richteten sich gegen den Raum, wo die beiden Vorkämpfer des Reichs, Hindenburg und des österreichischen Kronprinzen zusammenstoßen, sozusagen gegen die Lücke der beiden Heeresgruppen, nämlich in die Gegend von Jalofo, zwischen Brody und Tarnopol. Hier hat er auch noch einige Erfolge erzielt und das Südrand des eroberten Gebiets gewonnen; auch prunkt er wieder mit größeren Zahlen von Gefangenen.

Am 2. August hat Feldmarschall Hindenburg einen erweiterten Befehlsbereich erhalten, der den bei weitem größten Teil der Ostfront von der Ostsee bis Karpaten-Gebirge, d. h. bis zur österreichisch-ungarischen Armee Böhm-Gebirge einschließt, umfaßt. Die Heeresgruppe des Erzherzogs Karl mit den drei Armeen Graf Wokmer, v. Kowetz, v. Plänzer-Balkin ist unabhängig gelassen. Man darf natürlich voraussetzen, daß die auf dem gleichen Kriegsschauplatz zwischen den Pripietjümpfen und der rumänischen Grenze stehenden Heeresgruppen dennoch von einer gemeinschaftlichen Stelle aus geleitet werden.

In der Bukowina und in Südost-Galizien südlich des Dnjestr ist das russische Vorgehen völlig zum Stehen gekommen. Seit dem 8. August leben von dem Stamme der Karpaten aus mit Hilfe deutscher Verstärkungen Angriffe der verbündeten Heere ein, durch die die Russen langsam zurückgedrängt werden. Die Bedrohung des ungarischen Landes ist damit beseitigt worden.

Die russische Offensive in Armenien geht, nachdem sie am 25. Juli Erfinden gewonnen hatte, nur sehr langsam vorwärts. Sie wird durch die Verpflegungsschwierigkeiten und durch Angriffe der Türken gehemmt, besonders aber in der linken Flanke bedroht durch deren glückliche Offensive in der Gegend von Ruzh und Wilis westlich des Van-Sees. Man darf annehmen, daß die russische Heeresleitung hier noch keine entscheidenden Erfolge erzielen wird.

Eine interessante Nachricht aus englischer Quelle besagt, daß am 4. August eine türkische Streitmacht von 14 000 Mann von der Sinai-Halbinsel gegen Port Said, am nördlichen Ausgang des Suezkanals, vorgeückt sei. Die Engländer wollen in einem größeren Treffen bei Humani geigt und mehr als 3100 unversenbete Gefangene gemacht haben. Die türkische Besatzung sind sehr schweigam und melden nur, daß ihre Vortruppen von el Katia (40 Kilometer südlich des Kanals) gegen Humani vorgetrieben seien. Bekanntlich wurde bereits im Anfang des Jahres 1915 ein schwaches türkisches Korps durch die Sinaihalbinsel in Marsch gesetzt, dem es auch glückte, bis in die Nähe des Kanals vorzudringen und die Engländer in Angst und Schrecken zu versetzen. Zu einem großen Angriff auf Wegypten waren sehr viel stärkere Truppenkräfte, große Vorbereitungen, Ausbau der Stappensstrahlen durch die Wüste, Sicherung der Verpflegung und besonders des Wassers, d. h. eine lange Zeit erforderlich. Dazu kamen dann die näherliegenden Sorgen um die Dardanellenverteidigung. Aber die Türken blieben

in der Nähe des Kanals und machten von el Katia noch im April dieses Jahres glückliche Vorstöße gegen ihn.

Man wird abwarten müssen, welche Bedeutung der Angriff des 4. August hat; noch ist nicht zu erkennen, ob es sich wirklich um den Anfang eines allgemeinen Vorgehens gegen Wegypten, um einen Aufbruchversuch oder eine Erkundung größerer Stills handelt. Vergessen aber wollen wir nicht, daß hier einer der verunsicherbarsten Punkte des britischen Weltreiches ist; der Verlust des Suezkanals und Wegyptens würde unabsehbare Folgen haben. (2)

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 9. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Unsere Truppen sind heute in Ghez eingedrungen. Unsere Infanterie hatte schon am Morgen nach einer kräftigen Artillerievorbereitung die Eroberung der Höhen von Slavina und Vedgora vollendet, indem sie die letzten feindlichen Abteilungen vertrieb, die sich dort noch eingemischt hatten. Die Gräben und Unterstände wurden voller feindlicher Leichen angetroffen. Wir fanden überall Waffen, Munition und Material aller Art, das von dem in voller Auflösung befindlichen Feind zurückgelassen worden war.

Bei heranziehender Nacht überdrückten Abteilungen der Brigaden von Gaiale und Pavia die Front am Pionzo, wo der Feind einen Teil der Erdkränze gesprengt hatte, und verschanzten sich auf dem linken Ufer. Eine Kolonne, bestehend aus Kavallerie und Bersagliere zu Fuß, wurde alsbald auf das andere Ufer zur Verfolgung ausgesandt. Die unerklärlichen Pioniere bauten schnell im Feuer der feindlichen Artillerie Brücken und besetzten die vom Feinde beschädigten aus.

Auf dem Korst wurden neue feindliche Angriffe auf die Gipfel des Monte San Michele abgewiesen und im Sturm neue Gräben in der Nachbarschaft des Ortes San Martino genommen. Die Gesamtsumme der bisher gezählten Gefangenen beträgt über 10 000. Andere treffen fortgesetzt in den Sammelplätzen ein. Es ist noch nicht möglich, die gesamte Kriegsbeute festzustellen. Sie wird sehr groß sein. Cadorna.

Die Kämpfe am Suezkanal.

London, 9. August. (W. Z. V.) Reuter meldet amtlich aus Wegypten: Die Verfolgung des Feindes in der Gegend von Katia dauert fort. Es sind noch mehr Gefangene gemacht worden. Die Nachhut des Feindes hat sich jetzt auf eine Linie zurückgezogen, die in nord-südlicher Richtung durch Bir-el-Abad, 15 Meilen östlich von Katia, läuft.

Vom U-Boot-Krieg.

Kopenhagen, 10. August. (W. Z. V.) „Nationaltidende“ berichtet aus Kristiania: Aus Bergen wird gemeldet, daß der große englische Dampfer „Jupiter“, dessen Anstuf bereits am letzten Freitag dort erwartet wurde, wie jetzt angenommen wird, von einem deutschen Unterseeboot torpediert worden ist. Die Besatzung eines in Bergen eingetroffenen norwegischen Dampfers berichtet, daß sie auf der Fahrt von London drei große brennende Schiffe gesehen habe. Die Nationalität sei nicht feststellen gewesen, da die Schiffe bereits bis zur Wasserlinie niedergebrannt gewesen seien. Der norwegische Dampfer befindet sich Anfang voriger Woche in London und war dort Zeuge des nächtlichen Heppelinsangriffes auf den Hafen.

Gefecht von Unterseebooten mit feindlichen Bewachungsdampfern.

Einige unserer vor kurzem in die heimischen Häfen zurückgeführten Unterseeboote hatten am 11. Juli nämlich vom Pirch of North ein längeres Gefecht mit feindlichen Bewachungsdampfern, über das wir folgendes erfahren:

Am Abend des genannten Tage hatte ein unserer Unterseeboote einen großen und zwei kleine bewaffnete englische Bewachungsdampfer in Sicht bekommen und lief auf sie zu. Die drei Dampfer fuhren darauf mit hoher Fahrt nach Westen auf die Küste zu, verfolgt und beschossen von dem Unterseeboot. Während dieser Verfolgung kamen nacheinander drei weitere deutsche Unterseeboote heran und eröffneten das Feuer zunächst auf den vordersten Dampfer. Nachdem auf diesem durch Treffer die Geschützmunition zur Detonation gebracht war und der Dampfer brennend achteraus sackte, wurde der letzte Dampfer unter Feuer genommen. Da erkannt wurde, daß auch der mittlere Dampfer insofern beschädigt worden sei, wurde er schon Dampf abließ und zurückließ. Alle drei Bewachungsdampfer wurden darauf durch Geschützfeuer der beteiligten U-Boote bzw. durch Sprengpatronen versenkt. Auf den sinkenden Dampfer „Onward“ wurden von einem der U-Boote Mannschaften geschickt, um möglichst das Geschütz des Dampfers zu bergen. Die Arbeit erwies sich aber als zu schwer, so daß nur der Verschluß des Geschützes und die Viskereinrichtung fortgenommen wurden. Die Besatzung des Dampfers von 16 Mann wurde zu Gefangenen gemacht. Von ihnen gehörte nur der Kapitän als Unterleutnant und ein Unteroffizier als Geschützführer der englischen Marine an, alle anderen waren Zivilbesatzung.

Die Wirkung der deutschen Luftschiffangriffe.

Berlin, 10. August. (W. Z. V.) Die Wirkung unserer Luftschiffangriffe am 28./29. Juli, 31. Juli/1. August und 2./3. August:

Bekanntlich ist die englische Regierung ängstlich bemüht, das Bekanntwerden der Wirkung unserer letzten Luftschiffangriffe zu verhindern und die Angriffe selbst als völlig belanglos und ergebnislos hinzustellen. Sie ging so weit zu erklären, die deutsche Meldung, daß die deutschen Marine-Luftschiffe am 1. August London angegriffen hätten, sei glatt erfunden. Entweder hätten die Führer der Luftschiffe bewußt eine falsche Meldung erstattet, oder sie mühten völlig die Orientierung verloren und nicht mehr gewußt haben, wo sie sich befanden. Zu solch verzweifelten und trügerischen Mitteln muß England greifen, um die Welt über seine Verdrängnis hinwegzutäuschen. Tatsächlich herrscht in London allgemein die Überzeugung, daß der Angriff vom 1. August der schwerste war, den London bisher durchgemacht hat.

Im Nachstehenden sind einige einwandfreie Nachrichten über die Luftschiffangriffe in den Nächten vom 28./29. Juli, 31. Juli/1. August und 2./3. August zusammengestellt:

In Lincoln wurden zwei Fabriken schwer beschädigt, eine im Bau befindliche Halle, in der ein Remontedepot untergebracht war, wurde völlig zerstört; der größte Teil der Herde lam in den Flammen um. Die Bahnlinie nach Chesterfield ist an mehreren Stellen unterbrochen worden. Bei Reepham, 20 Kilometer südwestlich Cromer, wurden Eisenbahngebäude und Anlagen schwer beschädigt.

An der Hummermündung wurde ein Leuchtturm zerstört, verschiedene Brände wurden beobachtet. Ein kleiner Kreuzer mit drei Torpedos und einem Mast wurde durch eine Bombe getroffen und schwer beschädigt. Unterhalb Grimshy sind zwei Schuppen, die Munition enthielten, völlig zerstört worden.

Zwischen Grimshy und Cleethorpes wurden Hafenanlagen und Gebäude und vor allem in der Nähe von Cleethorpes ankommende Fahrzeuge sehr schwer beschädigt. In Jarrowham und Grimshy und bei Spurn Head wurde schwerer Schaden angerichtet.

Die in Hull angelegten Beschädigungen gehen in die Millionen, mehrere Paffen- und Munitionsfabriken sowie sonstige Anlagen von militärischer Bedeutung wurden zerstört, besonders bei South-Brigg-Road, King Street, Razon Street und Prince's Dock. Eine Eisenbahnstation und die Newjoint-Dockanlagen wurden schwer

beschädigt. Unter der Bevölkerung brach eine Panik aus, als erkannt wurde, daß die Abwehrbatterien gegen die Luftschiffe vollkommen ohnmächtig waren. Der Hafen von Jarrowham ist wegen der bedeutenden Schäden, die in den Docks und Kohlenlagern angerichtet sind, gesperrt worden.

Die Bahnlinie der Great Central Railway zwischen Norwich und Harmouth wurde an verschiedenen Stellen durch Bomben getroffen und beschädigt. Nordwestlich von Norwich wurden auf der Bahnlinie Norwich-North Walsham und in einer Eisenbahnhalbe beträchtliche Beschädigungen angerichtet. In der Nähe von Botton, 30 Kilometer westlich von Norwich, wurden eine Reihe von Schuppen durch Bomben zerstört. Südlich Cambridge wurde eine große Fabrikanlage in Brand gesetzt. Eine Scheinwerferbatterie bei Great Harmouth wurde zerstört, desgleichen eine Abwehrbatterie vernichtet. In Harwich brannte eine in Bau befindliche Luftschiffhalle nieder.

In Dover wurden die Wellington-Docks getroffen und Brandbomben auf eine Luftschiffhalle im Nordosten Dovers geworfen. Eine halbe Stunde lang wurde dort ein Brand beobachtet. Verschiedene Munitionsfabriken wurden getroffen.

In einer östlichen Vorstadt von London wurde eine zur Hülsenfabrikation benutzte Spinnerei vollständig vernichtet. Über 1000 Männer und Frauen sind hierdurch beschäftigungslos geworden. Mehrere große Riesenbrücken, darunter die Laufbrücke der Tower-Brigg, wurden beschädigt. In den Docks sind mehrere Magazine und Anlegebrücken vollständig zerstört. Dort ankommende Schiffe wurden zum Teil schwer beschädigt. In einem der Docks sind zahlreiche Schiffe, darunter ein großer englischer Frachtdampfer, die Lebensmittel für die Truppen nach Frankreich bringen sollten, verbrannt. Durch Ballonabwehrgeschütze sind viele Personen teilweise schwer verletzt worden. Auf der Themse ist ein Torpedoboot durch Bombe getroffen und versenkt worden. Bomben fielen ferner an der Themse zwischen Northend und Erith, bei Millwall Dock und Deptford. In Orford bei London sind zwei Munitionsfabriken vernichtet worden. Die Umgebung der Fabriken stand noch am nächsten Tage in Flammen.

Englische Flugzeugangriffe.

London, 9. August. (W. Z. V.) Reuter meldung. Die Admiralität teilt mit: Heute bei Tagesanbruch griffen Marineflugzeuge unter starkem Feuer die feindliche Luftschiffhalle in Dover bei Brüssel an. Sie wurde aus einer Höhe von zweihundert Fuß erfolgreich mit Bomben belegt. Man sah, wie acht Bomben die Halle trafen, aus der dicke Wolken weißen Rauches emporstiegen. Unsere Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Der Handelskonflikt zwischen der Schweiz und den Ententemächten.

Paris, 10. August. (W. Z. V.) (Agence Havas.) Die dritte Besprechung der Vertreter der Schweizerischen Bundesregierung mit den Vertretern der alliierten Regierungen fand gestern im Ministerium des Aeußeren statt. Die schweizerischen Vertreter hatten im Zusammenhang mit der künftigen Verpflichtung der schweizerischen Regierung bezüglich der Frage der in der Schweiz durch die ausländischen Regierungen zugelassenen Vorräte neuerdings verlangt, daß die vorhandenen Vorräte zu ihrer Verfügung gelassen werden. Die Vertreter der Alliierten konnten lediglich ihre früheren Erklärungen aufrechterhalten. Ferner hatte die schweizerische Abordnung einen Vorschlag eingebracht, welcher darauf abzielt, den sogenannten Restitutions-Handelsverkehr zu regeln und auf eine große Zahl von Waren zu erstrecken. Dieser Handelsverkehr hätte darin zu bestehen, daß die Schweiz einerseits die durch Vermittlung der S. S. E. eingeführten Rohstoffe liefern und dafür andererseits Industrielerzeugnisse ausführen könnte, welche die schweizerischen Industriellen und Geschäftleute nur aus dem Mittelreichern beziehen können. Die Vertreter der Alliierten entsagten nach eingehender Prüfung der vorgelegten Schriftstücke, daß eine derartige Regelung des Handelsverkehrs in seiner Gesamtheit nicht ins Auge gefaßt werden könne. Sie bemerkten jedoch, daß bezüglich jener Rohstoffe, welche nicht von höherer militärischer Wichtigkeit seien, Ausnahmen ausgesetzt werden könnten, falls dies notwendig erscheinen sollte. Schließlich erklärten sie sich im Namen ihrer Regierung bereit, einer Erweiterung der Satzungen über den Veredelungs-Handelsverkehr betreffend der schweizerischen Einfuhr von Maschinen und Maschinenbestandteilen zuzustimmen. Die Vertreter der Schweiz nahmen diese Erklärungen zur Kenntnis und bemerkten, daß sie ihrer Regierung darüber Bericht erstatten würden.

Bern, 10. August. (W. Z. V.) Meldung der Schweizerischen Telegraphenagentur. Die Unterhandlungen der schweizerischen Delegierten mit den Vertretern der alliierten Regierungen in Paris sind gestern beendet worden. Aus den heute eingetroffenen Berichten geht hervor, daß die Unterhandlungen für die Schweiz zu einem völligen Mißerfolg auf der ganzen Linie geführt haben. Dem Begehren um die Ueberlassung von in deutschem und österreichisch-ungarischem Besitz stehenden Waren zu Kompensationszwecken wurde nicht entsprochen. Der von der Schweiz vorgeschlagene Rohstoffverehr mit den Mittelmächten, wonach gegen Lieferung von Fabrikwaren die entsprechenden in denselben verwendeten Rohstoffe rückerstattet werden sollten, wurde in bezug auf fast alle in Betracht fallenden Rohstoffe abgelehnt. Ebenso wurden die von den schweizerischen Delegierten gewünschten Bindungen mit Bezug auf einzelne zurzeit noch freie Warenkategorien nicht angenommen.

Die amerikanische Heeresvorlage angenommen.

Washington, 9. August. Beide Häuser des Kongresses haben den Bericht des Ausschusses über das Heeresgesetz, in dem 267 597 000 Dollar gefordert werden, angenommen.

Letzte Nachrichten.

Feindlicher Fliegerangriff auf Rottweil.

Amtlich. Berlin, 10. August. (W. Z. V.) Ein feindlicher Flieger warf in der Nacht vom 8. zum 9. dieses Monats mehrere Bomben auf Rottweil in Württemberg ab. Ein Wohnhaus wurde getroffen, mehrere Personen verletzt. Militärischer Schaden entstand nicht.

Der Druck der Entente auf Griechenland.

Bern, 10. August. (W. Z. V.) „Temps“ meldet aus Athen: Die Befanden der alliierten Mächte haben die griechische Regierung unterrichtet, daß ihre Regierungen die Höhe der Lebensmittelzufuhr in Griechenland folgendermaßen festgesetzt haben: Getreide und Reis 30 000 Tonnen monatlich, Zucker 2000, Mais 3000, Ackerbohnen 25 000 Tonnen. Darin sind die von der Marine und dem Staat benötigten Mengen nicht inbegriffen. Reis 17 000 Saß monatlich. Die Kaffeefuhr wurde bis auf weiteres ganz untersagt, weil noch bedeutende Bestände im Lande seien.

Explosion in einer französischen Munitionsfabrik.

Bern, 10. August. (W. Z. V.) Nach Meldungen französischer Blätter ist in Meudon eine Werkstatt der Munitionsfabrik Feuillet in die Luft geflogen. Mehrere Arbeiter zenuen sind getötet bzw. schwer verwundet worden. Die große Fabrik von Delaunay u. Co. in Reçamp wurde durch eine Feuerbrunst fast vollständig zerstört. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Frank. 500 Arbeiter sind betroffen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften und Lehrlingswesen.

Kürzlich wurde berichtet, daß die Gewerkschaften des Baugewerbes an den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe das Ersuchen gerichtet haben, den Lehrlingen eine Vollerhöhung zu gewähren. Gleichzeitig wurde der Vorschlag gemacht, die gesamte Lehrlingsfrage zum Gegenstand einer Aussprache zwischen den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen zu machen. Der Arbeitgeberbund hat sich in der Weise aus der Affäre gezogen, daß er erklärte, die Regelung des gesamten Lehrlingswesens sei Sache des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister, an den er die Eingabe weitergeleitet habe. Damit ist die Frage, ob das Lehrlingswesen eine Angelegenheit ist, welche die am Tarifvertrag beteiligten Verbände interessiert, oder ob für die Regelung des Lehrlingswesens allein die Innungen zuständig sind, nicht erledigt. Die Gewerkschaften des Baugewerbes wollten die Angelegenheit erst nach dem Kriege zum Gegenstand einer Aussprache machen, sie hat aber ein recht aktuelles Interesse.

In neuerer Zeit haben bereits in mehreren Gewerben Aussprachen zwischen den Vertretern der Arbeitgeberorganisationen und den Gewerkschaften über eine gemeinsame Regelung des Lehrlingswesens stattgefunden. Wenn es von Unternehmenseite als ein Prinzip betrachtet wird, daß die Regelung des Lehrlingswesens ausschließlich Aufgabe der Innungen sei, dann kann festgestellt werden, daß dieses Prinzip bereits preisgegeben wurde. Das Lehrlingswesen stand auf der Tagesordnung der Konferenz der Vertreter des Arbeitgeberverbands und der Gewerkschaften des Holzgewerbes, die am 10. und 11. April d. J. in Berlin tagte, und der gleiche Gegenstand wurde am 11. Mai auf der Konferenz des Gutmachergewerbes zur Erfurt erörtert. Bezeichnenderweise war die Anregung zur gemeinsamen Behandlung dieser Frage in beiden Fällen von den Unternehmern ausgegangen.

In der Konferenz für das Holzgewerbe, über die ein offizielles Protokoll im Druck erschienen ist (Gemeinsame Förderung des Gewerbes. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes) hat der Obermeister Kahardt, der Vorsitzende der Berliner Handwerkskammer, über das Lehrlingswesen referiert. Aus dieser Tatsache darf geschlossen werden, daß die gewöhnliche Organisation des Handwerks kein Hindernis dafür ist, daß sich Arbeitgeberverband und Gewerkschaften gemeinsam mit der Lehrlingsfrage beschäftigen. In dem Rundschreiben, welches der Vorstand des Arbeitgeberverbands für das deutsche Holzgewerbe im Anschluß an jene Konferenz an seine Bezirksverbände versandt hat (es ist in der erwähnten Schrift abgedruckt), heißt es in bezug auf das Lehrlingswesen u. a.: „Auf die Heranziehung gut geschulter, intelligenter Lehrlinge müssen die beiderseitigen Verbände bedacht sein.“

Noch weiter gingen die Unternehmer im Gutmachergewerbe. Der Vorsitzende der Fabrikanten, Direktor Konnermann, erklärte, daß sich die Interessenten über die zu schaffenden Bedingungen für die Lehre einigen müßten. In Betracht kämen Bestimmungen über die Zahl der Lehrlinge, über die Dauer der Lehrzeit, die Art der Ausbildung usw.

An allen diesen Fragen haben auch die Gehilfen ein großes Interesse, und es ist nicht mehr als recht und billig, wenn ihnen ein Einfluß auf die Lehrbestimmungen eingeräumt wird.“

Der grundsätzliche Widerstand, den die Unternehmer des Baugewerbes gegen die Zulassung der Gewerkschaften zur Mitwirkung bei der Regelung des Lehrlingswesens leisten, ist sachlich um so weniger gerechtfertigt, als diese Mitwirkung z. B. im Buchdruckergerber schon lange als selbstverständlich anerkannt wird. Bestimmungen über das Lehrlingswesen sind dort schon längst Bestandteil des Tarifvertrages, und es ist nicht einzusehen, daß das, was sich hier bewährt hat, in anderen Gewerben von beiden Parteien angestrebt wird, gerade im Baugewerbe undisputabel sein soll.

Zu den Aufgaben der vielgepriesenen Neuorientierung wird es auch gehören, die Gewerbeordnung einer gründlichen

Revision zu unterziehen und sie modernen Bedürfnissen und modernem Empfinden anzupassen. In bezug auf das Lehrlingswesen hat die Generalkommission bereits vorbereitende Schritte unternommen. Die letzte Konferenz der Zentralvorstände der Gewerkschaften hat beschlossen, Material über das Lehrlingswesen zu sammeln und diese Frage zum Gegenstand einer gründlichen Diskussion auf dem nächsten Gewerkschaftstagg zu machen. Dieser Beschluß ist zu begrüßen. Es ist in der Tat notwendig, daß die Gewerkschaften der Regelung des Lehrlingswesens weit mehr Aufmerksamkeit zuwenden, als das bis jetzt der Fall war. Wenn sie den ersten Willen zeigen, wird sich der Widerstand der Unternehmer nicht als unüberwindlich erweisen und auch die sonstigen Hindernisse werden beseitigt werden können.

Deutsches Reich.

Die Grenze gewerkschaftlichen „Umlernens“.

Die „Gleichheit“ berichtete aus ihrer Nr. 23 aus Karlsruhe:

„In den Kriegsjahren der Stadt werden auch Frauen im Felde jährender Arbeiter verwendet. Sie sind mit der Zubereitung und Verabreichung der Speisen wie mit dem Ausräumen der Küche jeden Tag vier bis fünf Stunden beschäftigt. Es wird auf die Dauer mit Schwierigkeiten verknüpft sein, daß Frauen in proletarischen Existenzverhältnissen diese Arbeiten regelmäßig ohne Vergütung leisten. Deshalb ist man seitens der Stadt in Erwägung eingetreten, ob und in welchem Betrage dem bedürftigen Personal eine Entlohnung für die fraglichen Verrichtungen gewährt werden sollte, die einschließlich der Hin- und Herfahrt eine große Spanne des mittleren Tages beanspruchen. Darüber kam es bei der ersten Beratung unter den maßgebenden Personen des Stadtrats zu keiner Einigung. Wie die Genossinnen jetzt erfahren haben, bestanden Meinungsverschiedenheiten unter den beiden sozialdemokratischen Stadträten, die für die Angelegenheit in Betracht kommen. Genosse Wöhring hatte, so heißt es, einen Stundenlohn von 50 Pf. und Freifahrt auf der städtischen Straßenbahn für das weibliche Küchenpersonal vorge schlagen. Er stieß aber auf den Widerstand seines stadträtlichen Kollegen, des Genossen Koll. Dieser soll den vorgeschlagenen Lohnsatz für zu hoch befunden und es nicht für angeeignet gehalten haben, den Frauen vorzugeben, die selbst bisher noch gar nichts verlangt hätten. Solche Ansicht habe bewirkt, daß auch die bürgerlichen Mitglieder in der Angelegenheit zurückhaltender geworden seien. Es muß Aufgabe der organisierten Genossinnen sein, in der Sache mitzusprechen.“

Diese Mitteilung der „Gleichheit“ veranlaßt den Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker zu folgender Auslassung:

„Der erwähnte Stadtrat Wöhring ist mit dem Buchdruckerbestiller gleichen Namens in Karlsruhe identisch und sein stadträtlicher Kollege Koll, der einen Stundenlohn von 50 Pf. für das weibliche Küchenpersonal trotz der gegenwärtig unheimlichen Teuerung zu hoch finden soll, ist der bekannte Redakteur des „Karlsruher Volksfreund“, der bisher noch allen seinen Schriften und Reden als Zeuge des reinen Menschenverstandes und vernünftiger Realpolitik beurteilt sein wollte. Es scheint demnach in dieser Sache verschiedenes nicht mehr ganz klar zu sein. Denn für eine solche Neuorientierung in der Frage der Entlohnung der Frauennarbeit dürften nicht nur wir, sondern auch noch viele andere kein Verständnis haben und wenn sie noch so tiefgründig erläutert werden könnte oder würde. Auch das „Umlernen“ hat seine Grenze.“

Ausland.

Drohender Streik in den norwegischen Munitionsfabriken

In den Waffen- und Munitionsfabriken des norwegischen Staates sowie bei der Hauptwerft der Flotte droht ein Streik auszubrechen. Die in diesen Fabriken beschäftigten organisierten Arbeiter haben mit Einverständnis des Eisen- und Metallarbeiterverbandes ihre Stellungen gekündigt. Die Ursache dieses bedeutungsvollen Streiks ist in der Behandlung der Lohnfrage durch den Staatstag zu suchen, der bei der kürzlich erfolgten gesetzlichen Festsetzung der Löhne dieser Arbeiter sich nicht an die Bestimmungen des neuen Tarifs für die Eisenindustrie hielt, obwohl dieser Tarif das Ergebnis der obligatorischen staatlichen Einigungsverhandlungen war.

Die militärischen Leiter der genannten Fabriken haben dem Verteidigungsdepartement angeraten, beträchtliche Lohn erhöhungen, durch welche die Staatsarbeiter und Arbeitern in privaten Betrieben gleichgestellt werden, zu bewilligen. Trotzdem hat das Ministerium eine Eingabe der Arbeiterorganisation unbeantwortet gelassen. Der Streik dürfte in 14 Tagen zur Tatsache werden.

Ausdehnung des schwedischen Verkehrsstreiks.

Die Verkehrsstreiks ziehen immer weitere Kreise in den Kampf hinein. In den Stockholmer Häfen haben nunmehr auch die unorganisierten Arbeiter ausnahmslos die Arbeit eingestellt. Verhandlungen zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen unter Mitwirkung des staatlichen Schiedsgerichts waren bisher ohne Erfolg.

Die Arbeitseinstellung bei den schwedischen Staatsbahnen greift ebenfalls immer weiter um sich. Außer den schon gemeldeten haben weitere 500 nicht ständig angestellte Eisenbahner bei verschiedenen Linien, besonders in Südschweden, die Arbeit eingestellt. Die Verbandorganisation der Eisenbahnarbeiter hat noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt.

Kein Eisenbahnerstreik in Amerika?

Aus New York wird telegraphisch gemeldet: Der Ausstand der 400 000 Eisenbahnangestellten ist abgewendet worden. Beide Teile befanden ihre Bereitwilligkeit, die Streitpunkte dem Bundes-Vermittlungsamte zu unterbreiten.

Aus der Partei.

Ein Jahr sozialdemokratischer Reichstagsarbeit im Ariege.

Unter diesem Titel ist eine vom Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herausgegebene Broschüre erschienen, die ein Bild gibt von der Tätigkeit der Reichstagsfraktion in der letzten Session. Die zwei Bogen starke Broschüre kann zum Selbstkostenpreis von 5 R. pro 100 Exemplare vom Parteivorstand bezogen werden.

Ein Jubiläum der Parteipresse.

Das Jubiläum seiner 25jährigen Tätigkeit als Redakteur am „Proletarier aus dem Eulengebirge“ kann in diesen Tagen Genosse Franz Feldmann in Langenbielau begehen. Genosse Feldmann hat in seiner Eigenschaft als Redakteur des „Proletarier“ 3 Jahre 1 Monat 7 Tage Gefängnis erlitten, außerdem erfolgten mehrfache Verurteilungen zu insgesamt 1953 R. Geldstrafe.

Aus Industrie und Handel.

Saatensand in Rumänien.

Das rumänische Ackerbauministerium hat unter Mitwirkung der Bezirkslandbauinspektoren, der Zentralkasse der Volksbanken und Rural- und Agraromänenlässe einen Nachrichtenendienst für landwirtschaftliche Berichterstattung eingerichtet, für den nunmehr nahezu 300 Mitarbeiter aus allen landwirtschaftlichen Kreisen und Gebieten tätig sind. Auf Grund der für den Monat Juni eingelaufenen Berichte ergibt sich für diesen Monat nachfolgendes Bild:

Weizen steht fast in ganz Rumänien gut. In den Niederungen des Serechts und Bruths ist eine gute Mittelernte zu erwarten. In der nördlichen Moldau ist der Weizen mittelmäßig, in der mittleren gut, im Bezirk Neamtz sehr gut. In den Donau-niederungen, im Karpatengebiet Rumaniens und in der Dobruja ist eine Mittelernte, in allen übrigen Bezirken Rumaniens eine gute Ernte zu erwarten. Die in den letzten Tagen des Juni niedergegangenen Hagelschläge haben dort, wo der Weizen noch nicht eingebracht war, nicht unbedeutenden Schaden verursacht. Die Getreenernte wird im ganzen Lande mit „fast gut“ bezeichnet. Besseres Ergebnis versprechen die Gebiete in den Karpaten der Moldau und Rumaniens. Der Daker ist fast im ganzen Lande gut, nur in den Moldauer Karpaten unter mittel. Die Rapsernte ist in der Mehrzahl der Bezirke unter mittel zu bezeichnen; in den Bezirken Dambovita, Teleorman, Blasca, Alfov und Brasila ist sie schlecht ausgefallen. Die Maissaaten haben durch die andauernde Trockenheit und zuletzt nicht zum mindesten durch heftige Hagelschläge so beträchtlich gelitten, daß eine schwache Ernte zu erwarten ist. Luzerne und Alee versprechen in vier Bezirken eine Mittelernte, in zwei eine sehr gute und in den übrigen eine gute Ernte. Auch die natürlichen Wiesen stehen im ganzen Lande gut. Die Weinberge, die in den Niederungen des Bruths und Serechts und dem Karpatengebiet der Moldau gutes Ertragnis versprechen, haben in den übrigen Gegenden durch verheerende Karastienkrankheiten ziemlich stark gelitten. Heftige Hagelschläge haben den Stand der Weinberge noch mehr verschlechtert. Das Ertragnis an Erbsen wird in den Niederungen des Bruths und Serechts als sehr gut, im übrigen Lande als gut bezeichnet. Die Bohnen versprechen im Bezirke Jalonika und in der Dobruja, wo sie am verbreitetsten sind, eine Mittelernte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bau- schlosser

Friedrich Wasewitz
Lichtenberg, Bannerstr. 54
am 8. August gestorben ist.

Heinrich Icke
Hohenstaufenstr. 65
am 7. August gestorben ist.

Alwine Herrmann
geb. Körtling
nach längerem schweren Leiden
sanft entschlafen ist.

Paul Herrmann und Frau
Neukölln, Reichsstr. 49.
Die Beisetzung findet am
Sonntag, den 12. August, von
der Leichenhalle des neuen St.-
Michaelis-Kirchhofes, Berlin-
Nikola, Rollanstr. 66, abends 6 Uhr,
aus statt.

Marie Schmidt als Mutter.
Erich Schmidt als Stiefsohn.
Kollener Str. 51.
Otto Zitzewitz als Bruder,
im Felde. 1081b

Reuters Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Heines Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Dreifach-
führer

Wilhelm Steffen
am Montag, den 7. d. Mt., im
Alter von 63 Jahren verstorben ist.

Alfred Zittwitz
5. Garde-Regt. s. F., 12. Komp.
Lieber Sohn, wir schmäden Dein
Bild in unserm Heim, als soll
das Deine Grabstätte sein. Du
wurdest im Leben geliebt und ge-
ehrt. Du trübtest nicht die Augen
werden können zum Frieden nach
blutigem Streit. Du, guter Sohn,
wird keine mehr erlösen, Du
ruhst in Feindesland sehr weit.
Dein Wunsch war stets ein Wieder-
kehr. Ruhe sanft in Feindesland.
Gedächtnis von Deinen 1. Eltern.

Marie Schmidt als Mutter.
Erich Schmidt als Stiefsohn.
Kollener Str. 51.
Otto Zitzewitz als Bruder,
im Felde. 1081b

Reuters Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Heines Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Am 8. August entschlief nach
kurzem, schwerem Leiden unser
lieber Bruder, Schwager und
Onkel, der Zigarrenhändler

Robert Rosemann
im Alter von 57 Jahren.

Dies zeigen an
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 12. August, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem Färber-
kirchhof, Neukölln, Hermann-
str. 100, statt. 1429f

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die vielen herrlichen
Trauerreden bei der Beerdigung
meines lieben Mannes herzlichen
Dank. 1473f

Elfriede Schramek.

Zurückgekehrt!
Dr. Silberstein,
Neukölln, Berliner Str. 93.
Sprechstunden 8-10, 4-6.

Bücher und Zeitschriften
Jeder wird hier die Buchhandl.
Vormwärts. Bestellungen sowie die
Belohnungsberechnung entgegen.

Reuters Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Heines Werte
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Arbeiter - Gesundheits - Bibliothek

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unfallsfällen. Von Dr. Christeller
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlag
- Heft 4. Der Adipositas. Von Dr. Jodel-Berlin
- Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterfrage. Von Dr. Fröhlich
- Heft 6. Das Schwindel. Von Dr. Silberstein
- Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert
- Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Schöps
- Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. V. Bernstein
- Heft 10. Der Arbeiterkampf. Von Dr. M. Epstein
- Heft 12. Vom medizinischen Übermaß. Von Dr. E. Theising
- Heft 13. Das Wasserleitungsverhalten in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter
- Heft 14. Verhütung und Heilung des Stollerns. Von E. Jordan
- Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Martine
- Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertraud Aebald.
- Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen
- Heft 18. Der Geschlechtsverkehr. Von Eduard Bernstein
- Heft 19. Die Krankenspiegel im Hause. Von Joh. Konter-Mannheim
- Heft 20. Die Proletarierkrankheit, ihre Entstehung und Verbreitung, Verhütung und Heilung. Von Dr. Jodel-Berlin
- Heft 21. Atmungssystem. Von Otto Köhle. Mit zahlreichen Illustrationen
- Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. E. Schöps-Berlin
- Heft 23. Die Hüten wir uns vor Herzkrankheiten? Von Dr. E. Köhlich
- Heft 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung. Von Hugo Hülsig-Hamburg
- Heft 25. Die Krankheit des Menschen. Von Dr. A. Cypisch
- Heft 26. Die Krankheiten des Oeres, der Nase und des Rachens. Sparr und Arbeiter. Von Dr. Silberstein
- Heft 27. Die Jahre der Geschlechtsreife. Von Dr. Döppel-Cappig
- Heft 28. Volksernährung. Von Dr. Julian Martuse
- Heft 29. Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf. Von Dr. Jodel-Berlin
- Heft 31. Die Berufskrankheiten der Buchdrucker. Von Dr. Silberstein
- Heft 32. Die Arzneimittel und ihre Verwendung. Von Dr. A. Cypisch
- Heft 33. Das Auge und seine Erkrankungen. Von Dr. W. Seelighohn
- Heft 34. Die Berufskrankheiten der Gasarbeiter. Von Dr. W. Hanauer
- Heft 35. Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter. Von Doyen Dr. Grosjohn
- Heft 36. Die Berufskrankheiten der Maurer und Bauarbeiter. Von Dr. med. E. Theising-Blagdenburg
- Heft 37. Die Kreislaufkrankheit. Von Dr. J. Jodel jr.-Berlin
- Heft 38. Äußerer Genusmittel. Von Dr. A. Cypisch
- Heft 39. Die Berufskrankheiten der Maler, Anstreicher und Lackierer. Von Albert Fleck
- Heft 40. Die Berufskrankheiten der Landarbeiter. Von Dr. Grumach

Jedes Heft kostet 20 Pfennig
Gute Ausgabe auf hochwertigem Papier jedes Heft 50 Pfennig
Die Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollen in
seiner Familie lesen. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und einzeln käuflich
Wo es der Inhalt erfordert, sind Abbildungen beigelegt 41

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. S. H., Berlin SW. 68

Das Recht

während
des Krieges

Preis 40 Pf.

Ein Buch, das Auskunft
gibt über Familienunter-
stützung, Wöchnerinnen-
unterstützung, Kaufver-
träge, Miete, Abzahlungs-
geschäfte, Arbeitsver-
trag, Familienrecht, Ar-
beiterversicherung, An-
gestellterversicherung,
Zahlungsverhältnisse u. v. a.
Fragen, die das Rechts-
verhältnis betreffen

Buchhandlung Vorwärts
17
Berlin, Lindenstr. 3

DRUCK ARBEITEN

in guter Ausführung
VORWÄRTS

Buchdrucker und Verlag
SW. 68 Lindenstraße 3

Vorwärts-Abonnenten
erhalten 20 Prozent Rabatt,

wenn sie bei Auf-
gabe von privaten
kleinen Angelegen-
heiten die Abonnent-
qualifikation mit Gut-
sicht anerkennen.

Chronik des Weltkrieges.

11. August 1914.

Eine vorgeschobene gemischte Brigade des französischen 15. Armeekorps wird bei Lagarde in Lothringen vernichtet. Die deutsche Beute besteht in 2 Batterien, 4 Maschinengewehren und 700 Gefangenen.

An der österreichisch-russischen und österreichisch-serbischen Grenze kleinere Zusammenstöße.

Die deutsche Flotte ist an drei Stellen in Aktion getreten. Mehrere kleine Kreuzer beschossen den Kriegshafen von Libau.

In der Nordsee wurden mehrfach Vorstöße unternommen, ohne auf einen Gegner zu stoßen.

Endlich beschossen deutsche Schiffe die Küste von Alger.

Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift über die Teilnahme der Gewerkschaften an den Entseparbeiten, in der es heißt:

„Die freien Gewerkschaften sammeln nicht — wie das Blatt (gemeint ist ein Monatsblatt) weiszumachen sucht — feurige Rufen auf die Häupter der Agrarier, sondern sie bitten damit jetzt bei den verhassten Gegnern um Brot, nachdem sie sahnensüchtig vom Lande zur Industrie desertiert waren und nun bei der Industrie kein Brot mehr finden. Durch das Mäntelchen, welches das Blatt dieser nicht von Reue diktierten Rotrückkehr umzuhängen sucht, läßt sich kein selbständig Denkender täuschen.“

Aus Krakau wird gemeldet, daß die Russen aus Warschau abgezogen (!) seien.

Aus England melden bürgerliche Blätter, daß die abreisenden Deutschen bei der Einschiffung „mit Begeisterung die „Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ anstimmten“. In dem Bericht heißt es dann weiter: „Die Engländer am Kai konnten sich der Würde der Stunde nicht verschließen; sie zogen die Mützen und winkten.“

11. August 1915.

Deutsche Ozeanflotten greifen erfolgreich russische Panzerschiffe an und zwingen sie zum Rückzug.

Das deutsche Hilfschiff „Meteor“ legt an der englischen Küste Minen aus und vernichtet den britischen Hilfskreuzer „The Ramsay“. Von vier englischen Kreuzern gestellt, versenkt der deutsche Kommandant sein Schiff. Die gesamte Besatzung erreicht einen deutschen Hafen.

An der Ostfront energisches weiteres Vordringen der deutschen und österreichischen Truppen. Mehr als 3000 Gefangene werden eingebracht.

Die polnische Fraktion im österreichischen Reichsrat, der sogenannte Polenklub, verlangt die Schaffung eines ungeteilten Königreichs Polen mit Galizien im Verbands der habsburgischen Monarchie.

Politische Uebersicht.

Nr. 3.

Dem Chor der „Täglichen Rundschau“ und der „Kreuzzeitung“, die, anknüpfend an die innerpolitischen Betrachtungen in Russland, für „mildernde Umstände“ dem Zarismus gegenüber plädierten, schließt sich nun auch Graf E. Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ an. In einem Artikel „Die „Botsdamiten“ und

Sjasonow“ zitiert er die Aeußerung eines der Führer der „schtrussischen“ Leute, Bulazel, der anlässlich der Verabschiedung Sjasonows im „Groschdanin“ schrieb, Sjasonow sei ein Kommissar Englands gewesen und: „hätte Sjasonow sich den wilden Deutschen nicht in die Arme geworfen, dann wäre es überhaupt zu keinem Kriege gekommen. Anstatt das Auswärtige Amt zu einem russischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten zu machen, gewährte Sjasonow den Ausländern in so hohem Maße Einfluß auf unsere politischen Angelegenheiten, daß selbst die ruhigsten unter den russischen Patrioten für die Zukunft Russlands in höchstem Maße besorgt sein müssen“.

Dieser Auspruch Bulazels, dem in erster Linie innerpolitische Gegensätze zugrunde liegen, benützt nun Graf Reventlow, um die Schtrussen als Kronzeugen seines Standpunktes in der äußeren Politik aufzumarschieren zu lassen:

„In diesen Sätzen“, bemerkt er triumphierend, „liegt ein nicht uninteressanter Beweis und eine Bestätigung unserer viel angefochtenen Behauptung, daß Russland für den großen Koalitionskrieg gegen die Mittelmächte nicht die treibende Kraft, sondern das Werkzeug Englands gewesen sei.“

Einen weiteren Beweis für die Richtigkeit seiner Anschauungen erblickt Reventlow in einem Artikel des Petersburger Korrespondenten der Londoner „Times“, überschrieben „Die russische Botsdampartei“, in dem über einen Vortrag des früheren Vizekonsuls in Schanghai, A. R. Wosnessenski, über die politische Arbeit der russischen „Botsdampartei“ und ihren „Kampf gegen die öffentliche Meinung in Russland“ berichtet wird. Die Botsdampartei, heißt es dort, sei stets gegen die russisch-englische und die russisch-japanische Annäherung gewesen, und die russischen Deutschfreunde betrachteten auch heute noch das russische Bündnis mit Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien als ein nur zeitweiliges und bedauerliches Mißverständnis, welches um jeden Preis beseitigt werden müsse. Die „Botsdamiten“ hätten sogar in den Ministerien Sitz und Einfluß und den Ministern Tscholski und Sjasonow ihre amtliche Tätigkeit aufs äußerste erschwert. Der Krieg habe die Botsdampartei zuerst außer Tätigkeit gesetzt, aber schon im zweiten Jahre hätten die „Botsdamiten“ versucht, Mißtrauen zwischen den Verbündeten zu säen und deutschfeindliche Beamte zu besetzen. Sie arbeiteten mit allen Mitteln der Bestechung und durch Beeinflussung der russischen Presse. Herr Wosnessenski erklärte in seinem Vortrag als die „schrecklichste Erscheinung in dem Wesen der Botsdampartei“, daß unter den Verehrern einer Annäherung an Deutschland sehr oft auch Personen mit rein slavischen Namen sich befänden, zumal auch frühere Kollegen des früheren Botschafters zu Berlin, Graf Osten-Sacken.

Zu diesem Bericht des „Times“-Korrespondenten, der unter dem Einfluß der Besorgnis um die Erhaltung der englisch-russischen Freundschaft die Bedeutung der schtrussischen „Botsdamiten“ in offensichtlich übertriebener Weise darstellt, bemerkt Graf Reventlow:

„Vor dem Kriege sind die sogenannten „Botsdamiten“, in der Duma dargestellt durch die äußerste Rechte, von politischem Einflusse nicht gewesen (?). Ob jetzt eine Aenderung hierin eingetreten ist oder eintritt, entzieht sich der Kenntnis, und ebenso wenig ist festzustellen, ob und inwieweit am Hofe und in den Kreisen botsdamitische Anwandlungen sich vermehrt hätten. Wir erwähnen dieses Stimmungsbild des „Times“-Korrespondenten hauptsächlich als Ergänzung zu an-

deren Nachrichten und Gerüchten, die bisher über russische Stimmung in die Öffentlichkeit gelangt sind.“

Vorsichtig fügt er dann hinzu:

„Dem deutschen Standpunkte kann es kühl lassen, was die „Botsdamiten“ in Petersburg machen und wollen.“

Indessen geht aus seinem ganzen Artikel, der, mit dem Schtrussen Bulazel, die These vertritt, Russland sei von England in den Krieg getrieben worden, deutlich hervor, daß die in den letzten Worten enthaltene Forderung lediglich bestimmt ist, die tiefe Zuneigung zum zaristischen Russland zu maskieren.

Wassermanns Gebot der Stunde.

Der nationalliberale Parteiführer Ernst Wassermann schreibt in der „Magdeburgischen Ztg.“ über das „Gebot der Stunde“. Ein tue not, daß wir uns freimachten von jeder Illusion und den Dingen klar ins Auge läßen. Der Krieg sei jetzt überall ein Nationalkrieg geworden. „Einigkeit, ob wir nach Russland, Frankreich, England oder Italien schauen, überall hat sich die Erkenntnis, daß es heute um die Zukunftsgeschichte der Völker geht, Raum verschafft. Der Glaube, daß innere Schwierigkeiten die Gegner zur Friedensbereitschaft zwingen würden, sei zunichte geworden.“

„Nur dieser Entwicklung ins Auge zu sehen, ist ein Gebot der Stunde, denn nur dann werden wir die feindlichen Kräfte überwinden, wenn auch wir bereit sind, den letzten Mann herzugeben und in unserer Energie und unserem Siegeswillen nicht zu erlahmen.“

Und ein zweites erfordere volle Klarheit: „Möge man sich nicht falschen Hoffnungen hingeben, daß unsere Feinde ausweichend anfallen.“ Unter unseren Gegnern habe England die unbestrittene Führerschaft und halte die Bilanz zäh und rücksichtslos zusammen.

Hieraus konstruiert Wassermann sein Gebot der Stunde, in erster Linie England zu bekämpfen, und zwar „unter voller Ansnutzung unserer Kriegsmittel zur rechten Zeit und mit größter Energie.“ Mit dieser Formel stellt sich der nationalliberale Führer erneut an die Seite derjenigen Konservativen und nationalliberalen Politiker, deren innerpolitische Bestrebungen seit Monaten darauf hinauslaufen, die Reichsregierung unter den Willen der „Unentwegten“ zu beugen.

Ein echter Peters.

Der faßsam bekannte alldemische Kolonialpolitiker und Reichskommissar a. D. Dr. Carl Peters schreibt in der „Neuen Ges. Correspondenz“:

„Wie zu erwarten war, läßt das Auftreten des neugegründeten Nationalausschusses in den deutschen Zeitungen die Erörterungen über die sogenannten Kriegsziele wieder lebhafter werden. Ich beabsichtige nicht, mich auf dieses Gebiet zu begeben. Nur die eine Bemerkung möchte ich dazu machen, daß die Leute, welche meinen und behaupten, je milder wir unsere Todfeinde bei etwaigen Friedensverhandlungen behandeln, um so dauernder würde der zu erreichende Friede sein, völlig im Irrtum sind.“

Gerade das Umgekehrte ist der Fall. Einen Frieden bekommen wir überhaupt nicht, wenn wir unsere Gegner — besonders England — nicht vollständig zu Boden schlagen können. Dazu werden wir, meiner Ansicht nach, nur imstande sein, wenn wir das britische Reich am Suezkanal und Ägypten — welche der Türkei gehören —, möglicherweise in Indien, schlagen. Je deutlicher wir ihnen hernach zu fühlen geben: *vae victis* (Wehe den Besiegten!), einen um so dauernderen Frieden werden wir erzwingen. Jede Schonung wird uns auf der ganzen Erde

Völker und Führer Europas!

Die Stockholmer Vermittlungskonferenz ersucht den bekannten Dichter und Schriftsteller Dr. Otto Borngräber zur Uebersetzung dieser Worte:

Genug des Tötens! Ihr tötet Millionen — nein, ihr mordet aber Millionen. Denn mit dem Schrei eines Sterbenden schreien auf: Mütter und Väter — um den Lebensabend betrogen! Gattinnen und Bräute — und die es es hätten werden können — betrogen um ihr Lebensglück! Und um den Lebensmorgen betrogene arme, hungernde Kinder. Mit e i n e m brechenden Blick erschauen tausend Keime von Leben und Lebensglück! Ihr, die ihr widereinander rast: in dem brechenden Blick — seht ihr das nicht? Aus dem Schrei e i n e s Sterbenden schreit die Menschheit auf — hört ihr es nicht?

Und ihr, die ihr die Nacht hattet — nicht den Mut —, dies Gemetzel zu veranstalten! Ihr, die ihr die Nacht habt — warum nicht endlich den Mut?! —, dies Gemetzel zu beenden: hört ihr es nicht, wie aus dem Schrei eines Sterbenden die Menschheit flucht? Die Qual eines einzigen auf all euren Feldern der Ehre wiegt mehr als all eure eiteln Phantome, all eure Interessen, all eure veralteten Ideale — entgothete Ideale, mit denen ihr die Wunden äßt. Und wenn ihr ihn nicht endlich hört, diesen menschlichen Hilfschrei: „Genug des Tötens!“ dann wird dieser fürchterliche Schrei, aus Millionen Lippen millionenfach zusammengeballt zu einer Riesengestalt, aufsteigen aus all euren bluttriefenden Feldern der Schande, als eine Riesengestalt, riesenhafter denn ihr, eine dämonische Gewalt, gewaltiger denn ihr, und wird euch und eure Kinder erzwängen!

Darum noch einmal: Genug des Tötens! Erinnert euch endlich, daß der Sinn des Lebens Leben heißt! Genug des Gemetzels! Fühlt endlich, daß der Wert des Lebens Freude heißt! Genug des Zerstückelns! Begreift endlich, daß der Wert alles Wirkens Aufbauen heißt! Genug des Entstellens und Tötens! Erkennt endlich, daß der Sieg in allem Weltgeschehen Wahrheit heißt! Genug des Hagens! Genug des Hassens! Fühlt endlich, daß euer Göttliches — Liebe heißt.

Ein Geist der Liebe brachte euch euren Gott und sprach: Liebet eure Feinde! Euer Geist des Luges entstellte diesen Gott. Der, den ihr ständlich auf euren Lippen mißbraucht, mitten in eurem mörderischen Handwerk: ist das der Gott der Liebe? Ein Götze des Gemetzels! Ein Baal des Blutes!

Liebe gefällt den Menschen zum Menschen, Liebe zeugt den Menschen, erzieht den Menschen — ja, hättet ihr ihn nur zur Liebe erzogen! Hättet ihr nur euren Kindern in euren Schulen nicht von Anfang an das tödende Gift ins Blut geimpft! Hättet ihr sie nur nicht überall und überall nur immer das eine gelehrt mit altem Pathos: „La gloire!“ Oder: Denke, daß du ein Deutscher bist, ein zum Herrschen geborener Witte bist, ein Italiener bist, ein Russe bist — und wie die vorübergehenden Erscheinungen der Menschengeschichte sonst noch heißen. Hättet ihr sie dafür lieber ein ewiges gelehrt: „Siehe, du bist ein Mensch.“ Und jener ist dein Bruder.“ Darum betrachte nicht seine Andersart, seine Eigenart — suche sie zu verstehen mit Liebe! Bräute dich nicht mit deinen nationalen Vorzügen — hast du solche, vermittele sie den anderen — doch in Güte und Liebe. Und muß es sein, ihr Handelsgewaltigen, daß ihr durchaus alle den Weltmarkt erobert: so erobert ihr die Welt viel leichter — in Entgegenkommen und Liebe. Und ihr Kanonengewaltigen, und ihr Chauvinisten, muß es sein, daß ihr durchaus erst euren „Erbsind“ aus der Welt schaffen wollt:

den Erbsind schafft ihr aus der Welt nur, wenn ihr den Erbsind auch zum Bruder macht.“)

Ja, hättet ihr in diesem Geist der Liebe und Völkerverbrüderung eure Kinder und euch selbst erzogen — und hättet ihr Führer der Völker auch in den Menschen nicht Anarchie eurer Interessen erzogen, sondern vor allem Menschen — Brüder: dann wäre der große Tag vom Haag, dessen wir gedenken, ein gewöhnlicher Freudentag; an dem Großes gesät war — und Großes wäre erblüht. So aber gedenken wir seiner in Gram, denn Großes wurde verhäßt.

Hinweg mit dem Schutt, der aus euch selber liegt: aus dem mittelalterlichen Wust überkommener Anschauung, verfehrter Erziehung, veralteter Ideale, verfehrter Einrichtungen — und aus euren liebelerren, hahübermücherten Herzen. Hinweg mit dem Schutt, und auf gleichem Grunde, der dort im Haag gelegt ward, keime die neue Saat — erblühe die neue Welt.

Ja, die schöne Saat war gelegt — zum erstenmal fruchtbarstehend. Alles Vorherige war erst das Lockere des harten Bodens, ein halb Jahrhundert lang: Geister wie Tolstoi, Victor Hugo, Bertha von Suttner, Seele — die Weltfriedenskongresse zu Paris, London, Rom, Bern, Chicago, Antwerpen, Budapest, Hamburg, Lurin —, sie alle waren zunächst privater Natur, von einzelnen vorgeschrittenen Geistern getragen. Aber am 18. Mai 1899 — gleichsam als ob das sterbende Jahrhundert alten, erstorbenen Höhen den Abschied geben wollte, als ob das neue Jahrhundert und eine neue Ära des Völkergedeihens erschließen sollte — da geschah es, daß ein „Offizieller“, ein Gewaltiger, ein Kaiser von Russland zu einer Friedenskonferenz einbot, und sechsundzwanzig Staaten leisteten Folge.

Was ihr damals gelobt, ihr Staaten und Gewaltigen, und was ihr in der zweiten Haager Konferenz feierlichst erkärtet: Die Schlichtung eurer Streitfälle durch Richter eurer Wahl auf der Basis der Achtung vor dem Recht, die Verpflichtung, sich in Treu und Glauben dem Schiedsspruch zu unterwerfen: das, ihr Staaten und Gewaltigen, in Zukunft zu halten, das verlangen eure Völker von euch.

Und wenn eure Führer und Staaten euch das in Zukunft nicht halten, wenn sie wiederum sehen Gewalt vor Recht, türmen Rüstung auf Rüstung und damit Weltkrieg auf Weltkrieg: dann euer Recht, euren Frieden, eure Freiheit euch selbst aus den Sternen herunterzholen, das, ihr Völker, verlangt die Geschichte von euch. Nur auf dem Grunde des Rechts ruht die Zukunft Europas. Oder Europa hat eine Zukunft nicht.

Genug des Tötens! Auf dem Grunde des verschütteten Haager Erbsindwerks baut die Zukunft der Welt! Schiedsgericht und Gerechtigkeit statt Krieg, das heißt „Krieg“ — was die meist nicht gehört. Weg mit dem ins Uferlose aufschleichenden Rüstern für neues Kriegen. Weg mit dem feigen Mißtrauen zwischen Volk und Volk! Man läßt das Mißtrauen, damit ihr zum Rüstern ja sagt. Habt den Mut und sagt nein. Der Staat nehme allen Wuchsern ihr Handwerk. Sie verlängern den Krieg, sie säen neue Kriege. Sie füllen den Säckel, das Volk bezahlt. Erst mit seinem Schweiß, dann mit seinem Blut. Genug des Tötens! Des Rüstens und Kriegens genug!

Wem nützt das Kriegen? Dem einzelnen? Nein! Der Gesamtheit? Nein! Dem Vaterland? O nein! Ein paar Großhändler find's, die möchten noch mehr Warenabsatz finden. Im Vaterland? O nein! Es ist ihnen ja gerade zu arm! Da kommt

ihnen irgendwo in der weiten, weiten Welt der Konkurrent der anderen Nation in die Quere — und schon lärmen Interessenten von Vaterlandsgefahr!

Genug des Tötens! Müstens! Heißens! Fort mit den Trübs der Privatinteressen. Neuer Staat: Recht nicht nur für Privilegierte — gleiches Recht fürs ganze Volk. Weg mit den Schranken! Weg mit den Hüllen! Freiheit der Lande — Freiheit der Meere! Weidet Annexionen — sie bergen neuen Krieg! Neues Europa: Recht nicht nur für auswählte Völker — Recht für alle Völker der Welt. Recht allen Nationen, Sprachen, Rassen! Recht auch den Kolonien — erkennt dort Menschen, nicht bloß Ausbeutungsbobjekt! Recht auch für die Frauen — sie zählen zu den Besten des Volkes. Und das Volk, das Volk soll bestimmen, ob Friede, ob Krieg.

Weg mit den Geheimverträgen — die Wahrheit zeigt ihr Gesicht. Fort mit den diplomatischen Höschen — Talleyrand ist tot. Fort mit den ungeheuerlichen Militarismen — Julius Caesar ist noch länger tot. Fort mit den Chauvinismen — was lächelst du, alter Chauvin? Es gab einst Preußen und Bayern und Schwaben und Sachsen — dann ging's im einzigen Reich. Oesterreich schlug sich mit Preußen — dann schlossen sie den Riblungenbund. Jetzt geht uns ein einziges Europa unter dem Zepher des Rechts! Nein, gibt uns eine einzige Erde, den Menschen ein Reich der Menschen, unter dem Banner der Liebe und Menschlichkeit.

Eine „Vergpredigt zur Befreiung der Völker“ schrieb ich — ihr habt sie nicht gehört —, die Stimme eines Predigers in der Wüste. Und doch sagt sie viel schlichter unser Ziel. Ein Weiser steigt da von seinem Berge und trifft unter anderen den Chauvin. Chauvin sieht nichts als Feinde — der Weise sieht! e i n e n Feind. Und Chauvin, der Hühnerjunker, schmächt den Weisen „fardenblind“. Doch dieser lächelt still und sagt ihm dies:

„Komm auf meinen Berg! Stehe das Licht! Farben nur siehst du, mein Freund. Durch ein wohlgeschliffenes gläsernes Prisma brichst du das reine Licht in — einzelne Farben.“

Also gerückt nach Hüben und drüben in Kur-Patrioten: der unermessliche Mensch.

Farben nur siehst du, mein Freund, und nur die — deiner Fahne.“

„Sind nicht auch drüben Berge und Bäume, Blüten und Früchte — heilige Erde?“

Wird nicht auch drüben aus ewigem Himmel eurer heiligen Sonne Vater-Auge?

Sind nicht auch drüben Brüder und Menschen? — Auf denn, Brüder, fort mit den Pfählen!

Weg mit den Grenzen!

Schreitet hinüber! Freut euch der anderen Art!

Kommet herüber! — empfangen von anderer Art!

Rücket miteinander höhere Art!

Wartet und schaffet alle am Einen, am Guten, am Großen!

Schreitet und wandelt über Grenzen und Weiten!

Seid ihr die Menschen, die Herzen der Erde: nun, so er-

greift die barrende Erde, die weite, die grenzenlose Welt!

Ergreift sie, das Vaterland der Menschen.

Und ihr werdet sie lieben. — Und werdet lieben alle ihre Söhne. Und in wunderjamem Schauern werdet ihr begreifen das größere Land: das über alles erhabene, heilige Vaterland der Menschen.“

Ascona (Schweiz), Monte Verità. Otto Borngräber.

*) Borngräber: „Weltfriedensdrama“. Georg Müller, München.

... als Schwäche ausgelegt werden, und wird den etwaigen Frieden nur zu einem vorübergehenden Waffenstillstand machen. Wir können demnach alle nur hoffen, daß die „sanften Heinrichs“ und „deutschen Michels“ gar nichts mit den Friedensverhandlungen zu tun haben werden. Aber vorläufig ist es verfrucht, über solche auch nur nachzudenken. Noch beherrscht Marx die Stunde!

Dr. Peters sagt hier im Grunde nichts anderes, als was die gesamte von den Alldeutschen beeinflusste Presse seit Monaten mehr oder minder offen propagiert. Man muß ihm aber trotzdem Dank wissen, daß er mit der ihm eigenen Unerschrockenheit, die lebhaft an die Methoden seiner kolonialen Praxis und ihre spätere Verherrlichung erinnert, unerbittlich ausspricht, wohin die Reise geht. (2)

Der Reichskanzler in Wien.

Am 1. d. M., Berlin, 10. August. (W. L. W.) Der Reichskanzler ist mit dem Staatssekretär von Zagow nach Wien abgereist, um den Besuch des Ministers Baron Burian in Berlin zu erwidern und die Besprechungen über die Ordnung der Angelegenheiten der von den Verbündeten gemeinsam besetzten Gebiete fortzusetzen.

Der Wiederaufbau Ostpreußens.

In der Provinz Ostpreußen wird zurzeit vor allen Dingen darauf gesehen, daß die Verkehrsrichtungen wieder völlig in Stand gesetzt werden. In den Kreisen Johanneburg, Syd. Olegso und Annaburg sind die meisten zerstörten Bahnhöfe wieder hergestellt und bereits wieder in Benutzung genommen worden. Auch der Wiederaufbau der Dörfer macht erfreuliche Fortschritte. Von den Fischkillingen, deren Zahl auf etwa 300 000 geschätzt wurde, sind bisher 280 000 in ihre Heimat zurückgekehrt.

Landesversicherungsanstalten und Krieg.

Die Landesversicherungsanstalt Westfalens veröffentlicht den Rechnungsbericht für 1915. Es geht daraus hervor, daß die Beitragsleistung um 4 Millionen Mark gegenüber 1913, dem letzten Friedensjahre, zurückgegangen sind, von 15 1/2 Millionen Mark auf 11 1/2 Millionen Mark. Im zweiten Kriegsjahre ist aber auch die Ausgabe für das Heilverfahren, dessen ja besonders Augenleiden teilschaftig wurden, von 1 1/2 Millionen Mark auf 1 Millionen Mark zurückgegangen. Für 1916 wird mit einem Ausfall an Beiträgen von 5 Millionen Mark gerechnet.

Kriegsfragen im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 9. August. (W. L. W.) Abgeordnetenhauses. Abgeordneter Graf Michael Karolhi verwies auf sein schon früher betontes Bestreben, eine Richtung in der auswärtigen Politik zu befolgen, die nicht nur zu den Verbündeten, sondern zu allen Mächten glatte Beziehungen unterhalte. Denn nur dadurch könnten die ungarischen Interessen in der Welt sichergestellt werden. Als Ungar und als zivilisierter Mensch wünsche er einen baldigen Frieden. Er sagte ferner: Damit jedoch der fürchtbare Weltkrieg den erwünschten Erfolg habe, können wir nur einen dauernden Frieden wünschen. Im Interesse des Friedens würde es liegen, wenn sich die Regierung über die Kriegsziele und Friedensbedingungen äußern wollte. Im Hinblick auf den Vorwurf, Rumänien könnte in seiner Haltung eine Kräftigung aggressiver Tendenzen erblicken, erklärte Karolhi: Solange ein Ungar atmet, werden wir unentwegt für die Integrität Ungarns und für die Verteidigung Siebenbürgens kämpfen.

Abgeordneter Graf Albert Apponyi sagte, er und seine Gesinnungsgenossen bekennen sich zu demselben Programm wie Karolhi. Auch er wünsche einen dauernden Frieden, welcher gegenwärtig nur mit Nachmitteln gesichert werden könne. Die beste Bürgschaft dafür sehe er in der Festigung des gegenwärtigen Bündnisses. (Stürmischer Beifall rechts und links.)

Ministerpräsident Graf Tisza erklärte, er wolle nur konstatieren, daß bekanntlich ein sehr lärmender Teil der rumänischen Presse seit Ausbruch des Krieges alles Mögliche tue, um Rumänien in den Krieg mit Österreich-Ungarn hineinzuziehen. Diese Presse stelle die Gründung der Fraktion Karolhi so dar, als ob Karolhi Frieden um jeden Preis und einen Sonderfrieden mit Ausland erstrebe. Karolhi sei dieser Auffassung mit Recht entgegengetreten.

Graf Tisza sagte weiter: Wir alle wissen sehr gut, daß ihm solche Absichten fernliegen, und daß er auch nicht in der Lage wäre, solche Absichten, falls er sie hätte, zu verwirklichen. Es ist aber Tatsache, daß diese lächerliche Verleumdung einen gewissen Eindruck in der rumänischen öffentlichen Meinung und bei der Entente gemacht hat.

Der Ministerpräsident schloß sich nachdrücklich den Ausführungen Karolhis an, daß solange ein Ungar lebe, die ungarische Nation jedem Angriff gegen ihre Integrität bis zum äußersten entgegengetreten werde (Stürmischer Beifall), und fuhr fort: Ich spreche hier nicht von Rumänien. Denn dort stehen wir ja heute einer feindseligen Strömung unverantwortlicher Faktoren gegenüber. Ich spreche von unseren Feinden. Ich spreche davon, daß wir diesen Krieg, der gegen uns geführt wird, und den nicht wir entfesselt haben, weiter führen müssen, wenn wir unsere Integrität verteidigen wollen, denn dieser Krieg ist gegen unsere Integrität gerichtet. (Zustimmung.) Es wird ja auch heute noch ganz offen verkündet, daß man es auf die Verstärkung der Monarchie und besonders des ungarischen Staates abgesehen hat. Ganz offen wird verkündet, daß man sich in die blutigen Fegen unserer Leiber teilen will. (Zustimmung.) Solange wir einer solchen Lage gegenüberstehen, soll in diesem Hause nicht von Frieden, sondern vom Siege gesprochen werden (anhaltender, stürmischer Beifall); denn nur der Sieg wird der ungarischen Nation ihren künftigen Frieden, ihre künftige Ruhe und ihre künftige Sicherheit verbürgen. Nur er wird ihr den rechtlichen Frieden in Ehren geben, für den diese ungarische Nation mit übermenschlicher Heldentätigkeit wie ein Mann kämpfen wird, solange als unsere Feinde uns zu diesem Kampfe zwingen. (Zustimmung.)

Jedermann weiß, daß nicht wir diesen Krieg begonnen haben. Alle Welt weiß, daß wir auch in den Tagen der Kriegserklärung noch und auch weiterhin im Laufe des Krieges jederzeit zu ehrlichem Frieden bereit waren. (Beifall.) Allein die Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks, und hierin glaube ich, kann es keinen Meinungsunterschied in diesem Hause geben, wie es auch keinen draußen im Lande gibt, die Aufgabe und Pflicht des gegenwärtigen Augenblicks ist, mit Anspannung aller unserer Kräfte den mannhaften Kampf bis zum endgültigen Siege fortzusetzen. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Verichtigung.

In unserem gestrigen Leitartikel „Das Debut des Nationalausschusses“ ist irrtümlich gesagt, daß die Parole Georg Bernhards „Land oder Welt“ den Beifall der „Kriegs-Zeitung“ gefunden habe. Es muß an dieser Stelle heißen: der „Kreuz-Zeitung“.

Der Erlaubniszwang für den Handel mit Lebens- und Futtermitteln.

Der Nachrichtendienst für das Ernährungswesen schreibt: Am 1. August dieses Jahres ist der Erlaubniszwang für den Handel mit Lebens- und Futtermitteln auf Grund der Verordnung vom 24. Juni 1915 in Wirksamkeit getreten, die als eine der ersten und einschneidendsten Maßnahmen auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels aus der Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes hervorgegangen ist. Danach ist der Handel mit Lebens- und Futtermitteln

vom 1. August ab an eine behördliche Erlaubnis gebunden, und zwar auch für solche Personen, die schon vor diesem Tage mit dem erwähnten Warenhandel getrieben haben. Ohne solche Erlaubnis ist der Handel verboten und strafbar, soweit nicht die Verordnung selbst Ausnahmen zuläßt. Für die Uebergangszeit ist bis zum 1. September 1916 durch eine nachträgliche Verordnung des Reichskanzlers eine Erleichterung geschaffen. Danach darf derjenige, der den Antrag bis zum 1. August bei der Zulassungsstelle eingereicht hat, seinen Handelsbetrieb zunächst ohne Erlaubnis fortsetzen, bis über seinen Antrag entschieden ist, jedoch nicht über den 1. September hinaus. Bis zu diesem Tage müssen alle Anträge erledigt sein.

Bei der Vielgestaltigkeit des wirtschaftlichen Lebens sind in den beteiligten Kreisen mancherlei Zweifel über die Tragweite der Verordnung aufgetaucht. In solchen Fällen empfiehlt es sich, sich an die für die Erteilung der Erlaubnis zuständige Stelle mit der Bitte um Auskunft zu wenden.

Ein Unterchied zwischen notwendigen und nicht notwendigen Lebensmitteln ist in der Verordnung nicht gemacht und würde auch in keiner Weise durchzuführen sein, so daß also auch der Handel mit solchen Lebensmitteln, die mehr oder weniger Genussmittel sind, (Kaviar, Kustern, Schaumwein usw.) der Erlaubnispflicht unterliegt. Auch der Handel mit sogenannten biotischen Nährmitteln (Somatois, Sanatogen, Haematogen usw.) ist konzeptionspflichtig. Ferner erstreckt sich die Verordnung auch auf alle diejenigen Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden; dazu sind auch alle Stoffe zu rechnen, die Lebensmitteln zugelegt werden, wie Zitronensäure, Weinsäure, Suppenwürfel, Puddingpulver, Salz, Gewürze aller Art usw. Auch die mannigfachen Arten der sogenannten Ertragmittel (Salat-Ertrag, Kunsthonig usw.) fallen darunter. Ausgenommen sind lediglich solche Genussmittel, die in keiner Weise unter den Begriff „Lebensmittel“ gebracht werden können, wie z. B. Zigarren, Pflaster, Tabak.

Konzeptionspflichtig sind nicht nur Eigenschändler, sondern auch Kommissionäre und Agenten aller Art einschließlich der Gelegenheitsvermittler, soweit sie am Handel mit Lebens- und Futtermitteln beteiligt sind. Angestellte (Handlungsgehilfen) bedürfen einer besonderen Erlaubnis nicht. Unter den Erlaubnisgebern sollen, wie besonders hervorzuheben ist, neben dem Handel im engeren Sinne auch alle Arten von Herstellern und Fabrikanten, die Rohstoffe zu Lebens- oder Futtermitteln verarbeiten, um sie dann in den Handel zu bringen, wie z. B. Konserven- und Kunsthonigfabriken, Bronzerien und die vielen anderen Fabriken der Nahrung- und Futtermittelzweige.

Der Verkauf selbstgewonnener Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Viehzucht, sowie der Jagd und Fischerei ist freigelassen. Ebenso sind freigelassen die Kleinhandelsbetriebe, in denen Lebens- oder Futtermittel nur unmittelbar an die Verbraucher abgegeben werden. Regelmäßig fallen hierunter die Ladengeschäfte; betreibt jedoch der Inhaber eines solchen, z. B. einer Weinhandlung, zugleich Großhandel, so bedarf er für den gesamten Geschäftsbetrieb der Erlaubnis. Neben diesen beiden wichtigsten Ausnahmen sind noch zwei weitere Ausnahmen zugelassen. Wer bereits auf Grund anderer während des Krieges erlassener Vorschriften eine behördliche Erlaubnis zum Handel mit einzelnen Lebens- oder Futtermitteln hat, z. B. für Handel mit Vieh- und Saatkartoffeln, in einzelnen Bundesstaaten für Honig, Obst und Eier, braucht hierfür keine weitere Erlaubnis, soweit er in den Grenzen der Erlaubnis Handel treibt. Ist diese jedoch örtlich beschränkt, und will er seinen Handel darüber hinaus ausdehnen, so muß er die Erlaubnis einholen; z. B. bedarf der in Württemberg zugelassene Viehhändler im Preußen der Erlaubnis nach der Verordnung vom 24. Juni. Endlich bedürfen der Erlaubnis nicht solche Personen, denen amtlich die Beschaffung und Verteilung übertragen ist; gedacht ist dabei an die Kriegsstellen und -Gesellschaften.

Für die Erteilung und Entziehung der Erlaubnis sowie die Unterlegung des Handels sind von den Verwaltungen der Einzelstaaten besondere Stellen errichtet worden, bei deren Entscheidungen auch Vertreter des Handels mitwirken. In Preußen sind in den Stadtkreisen die Ortspolizeibehörden, im übrigen die Landratsämter zuständig. Für den Landespolizeibezirk Berlin ist eine besondere Stelle bei dem königlichen Polizeipräsidenten in Berlin gebildet. An die genannten Stellen sind alle Anträge sowie auch etwaige Anfragen zu richten.

Gegen die Entscheidung der Zulassungsstelle steht dem Antragsteller die Beschwerde zu, über die in Preußen der Regierungspräsident und im Landespolizeibezirk Berlin der Oberpräsident der Provinz Brandenburg entscheidet. Die Beschwerde hat aber keine aufschiebende Wirkung. Für den Fall der Verlagerung hat der Kommunalverband etwaige Vorräte an Lebens- und Futtermitteln zu übernehmen und auf Rechnung des Antragstellers zu verwerten.

Das tägliche Brot.

Die hohen Kartoffelpreise.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des parlamentarischen Ernährungsbeirates, die Genossen Bauer, Ebert, Molkenburt und Robert Schmidt haben dieser Tage beim Kriegsernährungsamt die sofortige Herabsetzung des Kartoffelpreises beantragt. Der Antrag ist wie folgt begründet worden:

Wiederholt haben wir im Beirat für Ernährungsfragen die Kartoffelpreisfestsetzungen bemängelt. Jetzt zeigt sich, daß eine schleunige Änderung der Preise geboten ist, wenn man nicht in ungeheuren Mengen Kartoffeln dem Verderben überliefern will. Aus vielen Gegenden wird geflagt, daß jetzt schon erhebliche Mengen verdorben sind. Jeder Landmann will möglichst viel Kartoffeln zu dem jetzt geltenden Preise verkaufen und bringt nun Mengen an den Markt, wofür wirklich kein Absatz zu finden ist. Ein typisches Beispiel möge das beweisen. In den Kreisen, die an Berlin-Schöneberg liefern, gehört der Kreis Grenzau. Dieser Kreis lieferte durchschnittlich pro Tag 700 Zentner. Mitte Juli erhöhte er, ohne daß es gewöhnlich war, sein Quantum. Da bei den hohen Preisen der Absatz hinter dem sonstigen Durchschnittsverbrauch zurückblieb, wurde der Landrat verständigt, die Lieferung etwas herabzusetzen. Als dann in den nächsten Tagen mehr statt weniger kamen, wurde am 23. Juli telegraphiert, nun für zwei Tage gar keine Kartoffeln zu liefern. Statt dessen brachte der Kreis für Berlin-Schöneberg zur Verladung

am 24. Juli	1640 Zentner
25. "	835 "
26. "	2492 "
27. "	1878 "

also statt der sonstigen Durchschnittslieferung von 2800 Zentner in 4 Tagen jetzt 6850 Zentner. Da die Kartoffeln nicht sorgfältig ausgelesen und offenbar schon beim Verladen fränke Kartoffel darunter gelassen wurden, macht das weitere Verderben rasche Fortschritte.

Wird nicht schleunigst eingegriffen und folgen die Preise in ihrer Bewegung nicht den Friedenspreisen, dann ist Gefahr vorhanden, daß große Mengen Kartoffeln verderben und wir im Laufe des Winters in eine direkte Hungersnot geraten. Wie wenig man sich an die Preisbewegungen der Friedenspreise anschließen hat, möge folgende Uebersicht zeigen. Auf dem Markt am Winterfeldplatz waren die Kleinhandelspreise wie folgt:

Tag des höchsten Preises	Preis für 1 kg Kleinhandelspreis	Preis für 1 kg am 5. resp. 6. VI.
1908 16. Juli	10-14 Pf.	7-10 Pf.
1909 10. "	10-15 "	7-9 "
1910 13. "	8-12 "	5-7 "
1911 17. "	13-16 "	13-15 "
1912 22. "	12-14 "	9-11 "
1913 9. "	20 "	10-13 "

Wenn nun bis zum 10. August die Produzentenpreise von 18 M. für 1 Doppelzentner festgehalten werden und dann eine geringe Ermäßigung eintritt, dann ist Gefahr vorhanden, daß, bevor der Preis von 8 M. für 1 Doppelzentner erreicht ist, ein großer Teil der Kartoffeln in nicht ausgereiftem Zustande aus dem Boden genommen ist und dann verdirbt.

Wir würden empfehlen, daß möglichst schnell Maßregeln ergriffen werden, den Verkehr mit Kartoffeln so zu regeln, daß Lieferung und Verbrauch sich decken. Vorläufig wird durch schleunige Herabsetzung der Preise dem wilden Angebot entgegengetwirft werden können.

Auch kartoffelmehlhaltiges Puddingpulver ist anzumelden.

Die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. Berlin (Zela) macht darauf aufmerksam, daß auch kartoffelmehlhaltiges Puddingpulver den Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 30. November 1915 unterliegt, monach alle Erzeugnisse der Kartoffelroderei und Kartoffelstärkefabrikation bei der Zela anzumelden sind.

Kriegsgesellschaft für Fischzuchtverwertung.

Amtlich wird gemeldet: Die Höchstpreisfestsetzungen für Fische haben nicht in jeder Beziehung erfreuliche Erfolge gezeigt. Einmal haben sie verhindert, daß Fische in starkem Maße in die großen Konsumzentren gelangten; die Fische sind vielmehr in der Hauptlage auf dem Lande verzehrt worden. Die entsprechende Abstützung zwischen den Preisen auf dem Lande und in den Städten, die eine ausreichende Fischzufuhr in den Städten gewährleisten würde, läßt sich sehr schwer durchführen, weil die Händler zu den Stadtpreisen verkaufen, aber wegen der auf dem Lande herrschenden Höchstpreise doch nicht die entsprechenden Preise anlegen dürfen. Der Fisch ist daher zum größten Teil auf dem platten Lande geblieben.

Soweit es sich um Teichfische handelt, die zu einem bestimmten Zeitpunkt gefangen werden, hat sich gezeigt, daß infolge der Höchstpreise die Fische mit einem Male auf den Markt geworfen werden, da eine Preissteigerung infolge der Höchstpreise nicht mehr zu erwarten ist und daher der Händler kein Entgelt für längere Aufbewahrung erhält.

Das hat insbesondere bei Karpfen und Schleien zu einem unwirtschaftlich schnellen Verzehren der Fische geführt.

Endlich muß bei Festlegung von Höchstpreisen, wenn man keinen Teil der Produzenten und der Händler schädigen will, immer auf die ungünstigen Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Das verneuert für den Konsumenten die Fische, ohne dem Produzenten ernstlich zu helfen.

Der Reichskanzler hat daher auf Antrag des Kriegsernährungsamtes eine Bekanntmachung erlassen, durch die für Karpfen und Schleien an Stelle des Höchstpreises eine Synkrisierung gelegt wird, die eine ausreichende Ueberwachung des Preises gewährleistet und daneben möglich macht, die Teichfische in diejenigen Gebiete zu bringen, in denen sie zweckmäßig verzehrt werden sollen, nämlich in die großen Konsumzentren.

Zu diesem Zwecke ist unter scharfer Reichsaufsicht, die Kriegsgesellschaft für Fischzuchtverwertung m. b. H. in Berlin W., Königin-Augustastraße 21, Geschäftsführer Herr Klee, gegründet worden.

Der Absatz von Karpfen und Schleien ist fortan an die Genehmigung dieser Gesellschaft gebunden. Von der Genehmigungspflicht sind lediglich diejenigen Karpfen und Schleien ausgenommen, die aus inländischen Wildgewässern oder aus inländischen Teichwirtschaften unter 8 Hektar stammen. Die Gesellschaft wird den Absatz der Karpfen und Schleien mit Hilfe von Kommunen und Handel vornehmen. Sie wird unter Aufsicht eines durch den Reichskanzler zu ernennenden Bevollmächtigten für die Regelung des Absatzes und für eine angemessene Preisbildung Sorge tragen.

Reichs-Gerstengesellschaft.

Am 3. August 1916 ist unter Beteiligung des Reiches, der Bundesstaaten, der Preussischen Landes-Futtermittelgesellschaft sowie der Gerste verarbeitenden Industrien und des Handels die Reichs-Gerstengesellschaft m. b. H. mit der Aufgabe der Bewirtschaftung der Gerste innerhalb des Reichsgebietes gegründet worden. In der Gesellschaftsverordnung sind die bisherigen Leiter der in Liquidation befindlichen Gersten-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H., die Direktoren Waldemar Sperling, Carl Weingart, Karl Scheuer, Wilhelm Weigel und Georg Lindner zu Geschäftsführern (Direktoren) der Reichs-Gerstengesellschaft m. b. H. bestellt worden. Zur Wahrnehmung der staatlichen Interessen bei der Geschäftsführung ist der Landrat Dr. Hagedorn im Preussischen Ministerium des Innern zum Geschäftsführer und gleichzeitig Vorsitzenden des Vorstandes der Reichs-Gerstengesellschaft m. b. H. vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes bestellt worden.

Stürmische Versammlung in Hamburg.

Hamburg, 9. August. (W. L. W.) Vor etwa dreitausend Zuhörern gab Dr. August Müller, Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes, Berlin, am Mittwochabend im großen Saal des Sagebielischen Gasthauses eine Darlegung der Kriegsernährungsschwierigkeiten, ihrer wirtschaftlichen Ursachen und der vom Kriegsernährungsamt eingeleiteten Maßnahmen, um das Problem der Volksernährung während der Kriegszeit zu lösen. Die Versammlung nahm bereits während des Vortrags durch andauernde Zwischenrufe und diesen entgegenstehende Beifallskundgebungen einen sehr bewegten Verlauf, der sich zum Schluß des Berichtes zu einem lange anhaltenden Lärm steigerte, und während der Ansprache des dritten Redners so ausartete, daß der Vorsitzende die Versammlung schließen mußte, ohne daß die vorgemerkten weiteren zehn Redner zu Worte kamen.

Stadtverordnetenversammlung.

17. Sitzung vom Donnerstag, den 10. August 1916, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Midelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem ehrenden Nachruf für den Anfang August in Schreiberbau verstorbenen Stadtverordneten Salinger (Linke). Die Versammlung ehrt das Andenken des Dahingegangenen durch Erheben von den Sichen.

Die Wahl zweier Ausschüsse von je 15 Mitgliedern für die Vorlagen betr. 1. den Neubau von Gemeindeparkanlagen an der Christiania, und an der Grefstraße, 2. die Schaffung einer neuen Stadtratsstelle wird vollzogen. Der Ausschuss zu 2 wird noch heute nach der öffentlichen Sitzung zur Beratung zusammengetreten und der Versammlung Bericht erstatten.

Der Magistrat schlägt der Versammlung die Uebernahme der Kaun-Cupelischen Privatmittelschule am Grünen Weg 16 in städtische Verwaltung vor. Es soll damit der Versuch gemacht werden, von Stadt wegen auch Mittelschulen einzurichten. Die Uebernahme soll am 1. Oktober d. J. erfolgen.

Stadtverordneter Gassel (Linke): Eine gründliche prinzipielle Erörterung der Fragen, die die Vorlage anregt, wird in dieser Hochsommerzeit kaum möglich sein. Die Vorlage ist aber tatsächlich sehr dringlich; soll die Schule nicht eingehen, so muß die Stadt sie übernehmen, denn sie ist für den Osten ein Bedürfnis. In den programmatischen Ausführungen des Magistrats bei dieser Gelegenheit von unserem Standpunkt aus hier Stellung zu nehmen, ist aber nicht leicht. Unter keinen Umständen darf das Ausblühen der Volksschule für unsere Mädchen beeinträchtigt werden. Den Gemeindefiskus darf das gute Schulermaterial auch nicht vorzeitig entzogen werden. Weiter wird

die Frage der Abschaffung der Vorlesungen hier eine bedeutsame Rolle. Alle diese Fragen bedürfen gründlicher Erwägung. Jedenfalls muß genau geklärt werden, ob die Trennung der Schüler zwischen Volksschule und Mittelschule schon von unten auf eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Wir wollen die Vorlage annehmen, verlangen aber völlige Sicherstellung des Anschlusses der Gemeindegemeinschaft an die künftige Mittelschule und erwarten dementsprechende Vorschläge bezüglich des Lehrplans. Eine solche Vorlage wünschen wir vom Magistrat baldigst zu erhalten.

Stadt. Dr. Ritter (Fr. Fr.): Wir sind ebenfalls für die Vorlage; wenn aber die Unterstufe bestehen bleibt, würden wir darin eine Gefährdung der Gemeindegemeinschaft erblicken müssen. Den von uns eingereichten Antrag, an dieser Schule vom 1. Oktober ab die Unterstufe allmählich abzubauen und keine Kinder neu darin aufnehmen zu lassen, ziehen wir indessen mit Rücksicht auf den Antrag Cassel und in der Erwartung, baldigst eine Magistratsvorlage in diesem Sinne zu erhalten, zurück.

Stadt. Dr. Wehl (Soz.): Auch uns ist die Vorlage sympathisch. Ueber die Gestaltung des Schulwesens grundsätzlich zu sprechen, wird Gelegenheit sein, wenn uns der verlangte Lehrplan vorliegt; bei dem frischen Juge, der durch unser höheres Schulwesen geht, dürfen wir auf ein System und eine Organisation rechnen, die auch unsere Mädchen mit dem geistigen Nützlichkeitsverstand, wie sie es gerade unter den Wirkungen des Krieges doppelt nötig haben. Wir sehen in der Vorlage auch ein Entgegenkommen gegen die Frauenbewegung. Der Krieg hat die Frauen zur Betätigung in Berufen geführt, die ihnen vormals grundsätzlich verschlossen gewesen sind; für diesen weiblichen Nachwuchs in Handel und Industrie, in den Büros der städtischen und staatlichen Betriebe wird das geistige Nützlichkeitsverstand durch die Mittelschulen zu liefern sein. Das Ansehen der Volksschule darf unter keinen Umständen durch die Mittelschule herabgedrückt werden, fordert Kollege Cassel; es wird aber herabgedrückt, wenn in den Mittelschulen Schulgeld erhoben wird, wie es ja auch hier der Fall sein soll. Wir verlangen deshalb programmatisch Schulgeldfreiheit, also auch für die Mittelschulen. Aber darüber wird später zu reden sein. Grundständige Gegner der Vorlesungen sind auch wir; wir stimmen durchaus mit dem liberalen Pädagogen Teus überein, daß die Mittelschule keine Ständeschule, sondern eine Vebauungsschule sein soll. Auch in der Begründung wird ja gesagt, es könnte erwogen werden, der Mittelschule einen dreijährigen Gemeindegemeinschaftsbesuch vorausgehen zu lassen. Das läßt sich doch ohne Umstände von Stadt wegen durchführen; hier Rhodus, hier salta! Einigen wir uns auf den Antrag Cassel, uns baldigst eine Magistratsvorlage des erwähnten Inhalts zugehen zu lassen. Die Vorlage wird mit dem Antrag Cassel angenommen.

Bei der Nord-Süd-Bahn ist die Einführung einer Einheitsklasse mit Raucher- und Nichtraucherabteil beabsichtigt.

Nach einigen zustimmenden Worten des Genossen Dr. Wehl, in denen er besonders auf einen am 21. Dezember 1908 vom Genossen Singer begründeten, damals abgelehnten Antrag auf Einführung eines Einheitstarifs und einer Einheitsklasse bei dieser Nord-Süd-Bahn hingewiesen hatte, gelangte die Vorlage einstimmig zur Annahme.

In den Hauptauschuss und in den Arbeitsauschuss für die Kriegshinterbliebenenfürsorge der Stadt Berlin hat die Versammlung 5 bzw. 4 Mitglieder zu wählen. Die Wahl wird vollzogen; unter den Gewählten befinden sich auch Stadt. Koblenzer (Soz.) für den Hauptauschuss und Stadt. Ritter (Soz.) für den Arbeitsauschuss.

Den Beschlüssen der Versammlung hinsichtlich der Einrichtung von Armenämtern sowie Betreffs der Regelung der Kriegszulagen und der Einrichtung einer Kriegshinterbliebenenfürsorge der Stadt Berlin im Anschluß an die Rationalisierung ist der Magistrat beigetreten.

Zur Kenntnisnahme gelangte eine Mitteilung des Magistrats über die Einkommensgrenze bei Bewährung der Feuerungszulage an städtische Beamte und Arbeiter. Dazu bemerkt

Stadt. Hing (Soz.): Es geht aus den Magistratsmitteilungen zu unserer Kenntnisnahme nicht hervor, ob auch die Angestellten des städtischen Arbeitsnachweises berücksichtigt sind. Weiter ersuchen wir erneut den Magistrat, gegenüber den städtischen Arbeitern eine einheitliche Regelung der Kriegszulagen durchzuführen. Die Gas- und Elektrizitätsarbeiter haben seit Kriegsbeginn zweimal 5 Pf. Zulage erhalten und bekommen auch jetzt die neuen Sätze; die 9000 Arbeiter in den anderen Verwaltungszweigen sind dagegen erheblich im Nachteil, denn sie haben bloß einmal die 5 Pf. oder die Zulage einer Stunde erhalten. Bei der jetzigen Teuerung sprechen diese 5 Pf. pro Stunde schon bedeutend mit.

Stadt. Franz: Die Arbeitsnachweisangestellten sind selbstverständlich einbezogen. Bei einer so großen Verwertung bringt eine Neuregelung immer gewisse Uebergangsschwierigkeiten, aber wir sind dabei, eine Regelung eintreten zu lassen, die möglichst allen Ansprüchen genügt.

Hiernach wird um 1/2 Uhr Vertagung beschlossen, um dem oben erwähnten Ausschuss Raum für seine Beratung zu geben. Um 7 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Stadt. Cassel erstattet den Ausschussbericht. Der Ausschuss habe sich überzeugt, daß das Berliner Verkehrswesen trotz des Ueberhandnehmens großer Aufgaben zu lösen habe, die nur von einem vollberechtigten Magistratsmitglied wahrgenommen werden könnten.

Der Magistratsantrag, für das Verkehrswesen eine neue Stelle im Magistrat zu schaffen, wird darauf ohne weitere Erörterung einstimmig angenommen. Schluß nach 7 Uhr.

Aus Groß-Berlin. Hochsommer.

In dem noch immer sehr reichen Blütenflor beginnt die Hauptblütenfarbe des Herbstes, das Gelb, mehr und mehr zuzunehmen. Gelb blühen die Nachtkerzen und Königskerzen an Bahndämmen und Begründungen, die zahllosen Südkrautfrüher an Feldrainen und Waldwegen. In gelber Hülle des Sonnenbildes senken zahllose Sonnenblumen ihre mit der Zeit immer fruchtbarer werdenden Köpfe nach der Richtung des Tagesgestirns, und gelb blühen in Gärten und in allen Laubenkolonien die Rudbeckien, die der Sonnenblume an Höhe gleichen, aber schlanker sind und viel kleinere Köpfe tragen. In fahlen Gelb liegen auch die gemähten Felder da, und die farnschwarzen Garben, deren körperliche Last uns eine geistige von der Seele nimmt.

Aber an Stelle der Buntheit des Sommerflors tritt die neue Buntheit des langsam herannahenden Herbstes, ganz verschieden von jener, aber nicht weniger reizvoll. Diese Buntheit hat ihre praktischen Seiten, wie man sie z. B. den Beeten mit dicken, blauen Kohlköpfen abgewinnen muß, die sich jetzt in den Gemüsegärten gewichtig ausblähen, und sie weckt auch rein malerische Beschaulichkeiten, wie auf jeder Bahnfahrt, wo hinter Stoppeln und Getreidegarben blaue Waldsäume aufsteigen, dicht überwachsene Gräben mit dunklen Erlenzeilen das Gelände durchschneiden, und die tiefroten Beeren der Eberesche aus den Kronen leuchten. Hier und da, besonders in der Großstadt, fallen bereits vergilbte Blätter. Man hat das, gewiß mit Unrecht, als Anzeichen eines frühen Herbstes deuten wollen. Solche Erscheinungen, die man in Städten beobachtet, in denen die Bäume nicht unter natürlichen Bedingungen leben, beweisen nichts, und im Walde sieht man bis jetzt kaum etwas Kennenswertes von Blätterfall. Soweit er vorhanden ist, hat er aber eine andere Ursache, als den angeblich frühzeitig drohenden Herbst. Die

ungewöhnliche Feuchtigkeit des Jahres hat das Laub zu einer ungewöhnlichen Entwicklung gebracht. Die Bäume haben sich eine Ueberproduktion darin geleistet. Sobald für den Ueberflutungs die nötige Feuchtigkeit mangelte, mußte ein Ausgleich eintreten, indem der Ueberfluß an Blättern abzuwerfen begann, aber eben nur der Ueberfluß. Auf einen vorzeitigen Herbst kann man hieraus auf keine Weise schließen.

Der Mangel an Ueberfluß hat das Wild immer zutraulicher gemacht. Schon im Grunewald kann man, im Grase liegend, Dammwild dicht herankommen und ruhig äßen sehen, wenn man sich nur unbeweglich verhält. Im Briejelang sahen wir große Trupps Rebhühner auf Waldwegen, die immer nur ein paar Schritte liefen oder aufstiegen, sonst aber auf dem Wege in wenigen Metern Entfernung blieben und sich und ihr Treiben beobachten ließen. Die Wildenten, deren Zahl bisher nur im Tiergarten bekannt war, zeigen nun auch in der weiteren Umgebung eine edle Dreistigkeit und überdies eine erhebliche Zunahme an Zahl. Ähnliches kann man an anderen Tieren beobachten. Nimmt man hinzu, daß die Forstwirtschaft aus Mangel an Arbeitskräften weniger ausgiebig als sonst betrieben wird, der Wald daher in malerischer Weise etwas verwildert, so versteht man, daß der Naturfreund über diese an sich unvorläufige Gestaltung der Dinge nicht böse ist. Nur den Grunewald müssen wir ausnehmen. Der wird nach Kräften „sanierter“. Hier sieht man stellenweise den Wald vor lauter Baumklüden nicht mehr, und die Zahl der Stachelbräunne, der umfriedeten Privatstättchen, Baumschulen usw. nimmt in einer Weise zu, die nichts Gutes ahnen läßt. Man muß schon kräftig ausschreiten und eine gute Strecke Weges zwischen sich und den Bahnhof bringen, bis man wieder ringsum hohen Wald um sich sieht. Aber wenn man das Sabelufer erreicht hat und hier gegen Wannsee teils entlang schlendert, teils am Ufer „entlang liegt“, über das Wasser hinweg oder in die Wipfel hinauf träumt, bald dem Kleingetier im Grase, bald den Möwen über dem See zuschaut, dann offenbart sich auch der Grunewald noch immer als ein heilsames Gegenstück zum nerdenzerstörenden Wirbel der Großstadt in seinem Rücken.

Die Mittelschule für Mädchen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung erklärte in ihrer gestrigen Sitzung sich einverstanden mit dem vom Magistrat beantragten Uebernahme einer privaten Mittelschule für Mädchen in die Verwaltung der Stadt. Dabei kam es zu einer grundsätzlichen Erörterung der Frage, warum solche Schulen für das weibliche Geschlecht notwendig sind und wie ihr Anschluß an die Volksschule gesichert werden kann. Die sofortige Durchführung der Maßregel, der Mädchen-Mittelschule die unteren Klassen zu nehmen, so daß für sie die Gemeindegemeinschaft als Vorstufe dienen müßte, wurde in einem Antrag der Freien Fraktion gefordert. Stadtverordneter Cassel hielt nicht für ratsam, hiermit so rasch vorzugehen, und erreichte, daß namens der Freien Fraktion Stadtverordneter Dr. Ritter den Antrag zurückzog. Unser Genosse Dr. Wehl bedauerte, daß die Gelegenheit, einmal mit der Aufhebung von Vorklassfassen einen Anfang zu machen, wieder verpaßt werden soll. In seinen Ausführungen über die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zur Frage der Mittelschule für Mädchen betonte er, daß gleich der Volksschule auch die Mittelschule schulgeldfrei sein muß. Einstweilen steht freilich von dieser Forderung, die uns als selbstverständlich gilt, noch nichts in der Magistratsvorlage. Mit der Vorlage wurde auch eine Resolution Cassel angenommen, die den Magistrat um „baldigste“ Aufstellung und Vorlegung eines allgemeinen Planes für die künftige Gestaltung der Mittelschule ersucht. Erst im Anschluß hieran will man dann erwägen, ob die Mittelschule ihre den Vorklassfassen gleichwertigen Unterfassen behalten soll oder nicht.

Ein sonderbarer Tarif.

Die Berliner Wach- und Schließgesellschaft berechnet die Gebühren für Bewachung von Läden nach einem Tarif, dessen Sinn den Ladeninhabern nicht immer klar ist. Aus einem Vorort des Westens wird uns mitgeteilt, daß für ein paar Läden von annähernd gleicher Größe sehr ungleiche Gebühren erhoben werden. So muß ein Ladeninhaber die Bewachung seines Geschäftes mit einer monatlichen Gebühr von 2,50 M. bezahlen, während dieselbe Gesellschaft dem Inhaber eines gegenüber gelegenen Ladens für dieselbe Leistung eine Gebühr von 4 M. pro Monat abnimmt. Beide Läden sind etwa gleich groß, und jeder hat nur einen Eingang und zwei Schaufenster, so daß die Nähe des Wächters in dem einen Fall wohl nicht größer als in dem anderen sein wird. Auch bei der Gebührenerhöhung, die den Inhabern dieser Läden vor kurzem besetzt wurde, verfuhr die Gesellschaft nach nicht ganz klaren Grundsätzen. In dem einen Fall erhöhte sie die Gebühr von bisher 2 M. um 50 Pf. auf 2,50 M., in dem anderen Falle schlug sie auf die bisherigen 3 M. sogleich 1 M. und forderte fortan 4 M. Die Unterschiede, die wir hier als Beispiele anführen, sind nicht die einzigen. Nahe den erwähnten Geschäften befinden sich ein paar andere kleine Läden, für deren Bewachung die Gesellschaft jetzt 8 M. pro Monat erhebt. Als diese Besonderheiten des Tarifs den beteiligten Geschäftsleuten durch Zufall bekannt wurden, erregten sie nicht geringe Verwunderung. Wie soll man die ungleiche Gebührenerhöhung verstehen?

Nichts ausweichen der Fußgänger.

Eine neue Straßenordnung steht u. a. vor, daß Fußgänger, die nicht rechts ausweichen, bestraft werden. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, gegen diesen Vorschlag Bedenken zu erheben.

Der Magistrat ist der Meinung, daß eine feste Ordnung nur für die Fahrstraßen notwendig und am Platze sei, daß es dagegen bedenklich erscheine, den Fußgänger für jede seiner Bewegungen auf dem Bürgersteig verantwortlich zu machen und einer Strafandrohung aussetzen. Aus dem gegenwärtigen Zustande, nach welchem den Organen der Polizei eine bedeutende Einwirkung auf die Gestaltung des Fußgängerverkehrs bereits zusteht, haben sich Schwierigkeiten keineswegs ergeben. Es darf deshalb angenommen werden, daß die abweichende Auffassung des Magistrats das Zustandekommen der neuen Straßenordnung schwerlich gefährden wird.

Ein Hauseigentümer an eine Kriegerfrau.

Durch den folgenden Brief, den wir ohne Änderung wort- und buchstabengetreu wiedergeben, wurde in Lidtenberg eine Kriegerfrau von ihrem Hauswirt um Miete gemahnt:

„Frau Lewin durch Ihr abschließliches zurückhalten der fälligen Monatsmiete, erkläre ich Ihre schamlose und böswillige Handlung. Sie bekommen regelmäßig die Unterstützung und sind verpflichtet die Miete von 14,50 am 1. oder 2. wie Sie das Geld bekommen zu bezahlen ohne das ich Ihnen jedesmal 2-3 mal und noch

öfter mahnen muß, sollten Sie Ihre Methode nicht ändern, so bin ich gezwungen, das Mietamt anzurufen, als 20jähriger Eigentümer habe ich Leute die sich so läßtig machen wie Sie, nicht kennen gelernt, ich bin für 20 Jahre gewarnt worden, aber Leider zu spät, ich kann Ihnen aber heute schon sagen, daß Ihre Wohnung gefälligst ist eine Frau die alle 9 Monate mit der Behäbbigkeit auf der Nachbarschaft Stunden lang laßt, worüber sich bereits Leute aufhalten, und in der Wohnung nichts macht, gereicht Ihnen wohl nicht zur Ehre; Ich könnte Ihnen viel mehr sagen, aber ich halte es für nicht angebracht, wohl aber muß ich Ihnen noch mal sagen das ich die Miete am 1. oder 2. ohne zu machen zu verlangen habe, eine Familie mit 4 Kindern und dann derartig läßtig, ist kein Vergnügen beglücken Sie mit Ihrem Kleinen und Kindern einen anderen Hauswirt.“

„Sust. Brodte, Eigentümer.“
Zur Erläuterung dieses Briefes wollen wir uns auf wenige Worte beschränken. Soweit Herr Brodte in Frage kommt, enthalten wir uns jeder Keuschung. Ueber Frau Lewin sei bemerkt, daß sie sich in der Schwangerschaft befindet. Sechs Kinder hat sie, nicht 4, wie Herr Brodte im Ueberflusse schreibt. Sie bezahlte die Miete nicht schon am 1. oder 2. dieses Monats, weil zu der Zeit die Unterstützung noch nicht in ihren Händen war. Daß der Hauswirt sie „jedemal“ drei- bis viermal und noch öfter mahnen“ müßte, weist sie als unzutreffend zurück. Man beachte, daß Herr Brodte das Wort „jedemal“ sogar durch Unterstreichung hervorgehoben hat. Es ist begreiflich, daß Frau Lewin den Brief nach Inhalt und Form als beleidigend empfand. Was sagen übrigens zu diesem Brief diejenigen, die in Sorge um die Zukunft Deutschlands jetzt die Verherrlichung des Wortes „Seid fruchtbar und mehret euch!“ für eine vaterländische Pflicht erklären?

Um die Milchkarten.

Aus dem Rathause wird folgender Hinweis verbreitet:
Infolge der durch das Nachlassen der Produktion verursachten geringeren Milchzufuhr nach Groß-Berlin haben sich zahlreiche Personen, die nicht im Besitz von Milchkarten sind und daher mehr und mehr keine Milch erhalten, veranlaßt gesehen, sich ein ärztliches Attest zu verschaffen, um auf diese Weise in den Besitz einer Milchkarte zu gelangen. Die Milchverordnungsstelle Groß-Berlin weist darauf hin, daß auf solche Anträge Milchkarten nur dann zugewilligt werden, wenn es sich um schwere Krankheitsfälle handelt, zu deren Behandlung der Milchgenuß absolut unentbehrlich ist. Das Publikum wird daher gut daran tun, selbst zu überlegen, ob es wegen eines geringfügigen Krankheitsfalles einen Arzt bemühen und sich Unkosten machen will, die aller Wahrscheinlichkeit nach zwecklos sind.“

Die neue Seifenkarte.

Die Hauseigentümer und Verwalter werden daran erinnert, daß sie nach der Verfügung des Magistrats vom 28. Juli 1916, die an den Anschlagstulen und in den Wohnungen bekannt gemacht worden ist, verpflichtet waren, die Seifenkarten in den ersten drei Tagen des Monats August von der zuständigen Brotkommission abzuholen und an die Haushaltungsvorstände zu verteilen. Wer dies nunmehr nicht sofort erledigt, setzt sich der Gefahr einer Bestrafung aus,

Auf dem Bahnhof erschossen hat sich gestern vormittag ein Mann in Offiziersuniform, dessen Persönlichkeit noch nicht feststeht. In einem Hotel in der Schadowstraße stieg gestern ein angeleglicher Offizier ab, der weder Gepäck noch sonst etwas mit sich führte. Es fiel auf, daß er den Namen, den er zunächst angab, später änderte. Mindestens einer mußte falsch sein. Verdacht erregte weiter die Art und Weise, wie der Mann sich auf der Straße benahm. Man beachtete deshalb die zuständige Behörde. Gestern morgen erschienen im Hotel zwei Beamte und eruchten den Gast, mit ihnen nach der nächsten Polizeiwache auf dem Bahnhof Friedrichstraße zu kommen, damit er sich über seine Person ausweise. Er ging auch ruhig mit. Auf dem Bahnhof hat er, ihn erst austreten zu lassen. Während nun die Beamten den Ausgang beobachteten, schoß sich der Fremde auf dem Abort aus einem Revolver kleinen Kalibers eine Kugel in die rechte Schläfe und war sofort tot. Vermutlich handelt es sich um einen Mann, der aus Eitelkeit zu Unrecht in der Offiziersuniform umherging und jetzt die empfindlichen Folgen dieses Unfugs fürchtete. Solche Prahlhänse hat das Kriminal-Militär-Streikkommando in der letzten Zeit schon mehr auf der Straße getroffen und angehalten, so erst kürzlich einen Kaufmann, der den Mittelmeister spielte. Wenn sie auch eine vorchristliche Uniform tragen, so findet man sie an ihrem Benehmen doch leicht heraus. In der Regel aber fehlt auch dieses oder jenes an den Abzeichen. Zuweilen tragen die Narren ganze Phantasieuniformen. Die Entlarvten werden für die Dauer des Krieges in Sickerhaftigkeit gesetzt.

Was die Verlierer für Schinken bezahlen.

Unter dieser Ueberschrift lesen wir in der „Deutschen Kriegszeitung“:
„Ein gutes Geschäft machte dieser Tage ein Landwirt in einem braunschweigischen Dorf. Zu ihm kam ein zu Besuch weilender Herr aus Berlin und bot ihm für einen saftigen Schinken im Gewicht von vierzig Pfund für das Pfund acht Mark. Der Verkauf kam zustande, und der Berliner zahlte 320 Mark für den einen Schinken.“
Man sieht, was manche Leute sich auch heute noch leisten können, wenn sie es dazu haben.

Aus dem Fenster des vierten Stockwerkes des Hauses Markgrafenstr. 75 auf den Hof gestürzt hat sich gestern früh 7 Uhr die 24jährige Lucie Gerike. Das Mädchen war sofort tot.

In Adlerhof stürzte sich am Mittwochabend eine Frau Schulz aus der Kronprinzenstraße, Ede Hoffmannstraße, aus ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof. Die Frau starb bald. Sie hinterläßt drei unmündige Kinder.

Ein Zusammenstoß von zwei Straßenbahnwagen ereignete sich am Mittwochnachmittag auf der einsigen Strecke in dem von Stralau nach Treptow führenden Tunnel unter der Spree. Der Zusammenstoß war zum Glück nicht übermäßig stark, so daß die Fahrgäste in der Hauptsache mit dem bloßen Schreck davonkamen. Wagenfahrer und Tunnelwärter, die es an der nötigen Vorsicht fehlen ließen, sind ihres Amtes entbunden worden.

Am Grabe seiner Frau vom Tode überascht wurde gestern abend der 63 Jahre alte Arbeiter Heinrich Schöne aus der Kösliner Str. 23. Der Mann hatte den Grabhügel auf dem Philippus-Apostel-Friedhofe in der Müllerstraße gepflügt. Beim Antritt der Heimkehr brach er vom Schläge gerührt auf dem Mittelwege zusammen. Als andere Friedhofbesucher ihn auffanden, war er schon tot. — Am Herzschlag starb auch die 82 Jahre alte Zeitungshändlerin Frieda Gille aus der Mittenwalder Str. 82. Als sie gestern mit ihren Blättern die Kaserne des Augusta-Regiments in der Friesenstraße aufsuchen wollte, sank sie auf dem Hofe tot um.

Ein Fahrstuhlunfall ereignete sich gestern nachmittag im Weihenstephan in der Jägerstr. 15, Ede Friedrichstraße. Dort verunglückte der Hausdiener Kroll bei der Bedienung des Fahrstuhles, so daß die Feuerwehre geholt werden mußte. Sie konnte aber den Mann nur noch als Leiche bergen.

Reisen nach Oesterreich-Ungarn. Das Postpräsidium teilt mit: Zum Nachteil der Reisenden ist vielfach beobachtet worden, daß deutsche Reichsangehörige, die zum Kurzgebrauch usw. die Grenze nach Oesterreich-Ungarn überschreiten wollen, sich zwar im Besitze eines vorläufigen Reisepasses befinden, daß sie aber diesen Pass durch die österreichisch-ungarische Konsularische Behörde mit dem Sichtvermerk nicht haben versehen lassen. Derartige Reisende müssen beim Überschreiten der Grenze bestimmungsgemäß zurückgewiesen werden. Die Bewässerung wird daher auf die Verpflichtung hingewiesen, den Pass bei Auslandsreisen mit dem erforderlichen Sichtvermerk vorher versehen zu lassen.

Die Besucher des Zoologischen Gartens, vor allem die Kleinen, werden in Zukunft um eine Freude bereichert sein. Wie drängte sich doch alles um den Affenwinger, in dem Moriz und Wissi ihre geliebten Künste zeigten. Die zwei Schimpansen, die groß und klein viel Spaß bereitet, sind tot. Wissi starb vor einem halben Jahre; jetzt ist auch Moriz seiner Lebensgefährdin gefolgt, er ist nach längerem Kränkeln an Lungentuberkulose gestorben. Sein Alter wird auf 15 Jahre geschätzt. Der Kadaver ist, wie auch seinerzeit derjenige der Wissi, dem Krankenhaus Friedrichsbain überwiesen worden. Bekanntlich bilden Menschenaffen von dieser Größe und Wesensart ein äußerst dankbares Studienobjekt für die Heilkunde.

Strassenbahnverlängerung. Wegen Bauarbeiten in der Königsstraße zwischen Kloster- und Dürrenstraße werden in den Nächten vom 14.—15., 16.—17., 18.—19., 22.—23., 24.—25., 28.—29., 30. bis 31. August, 1.—2., 5.—6., 7.—8., 11.—12., 13.—14. und 15. bis 16. September d. J. von 10 Uhr ab in der Richtung nach dem Alexanderplatz die Strassenbahnlinien 59, 60, 64, 65, 67, 69, 71, 73, 74, 80, 102 und 104 über Spandauer Straße, Godefries Markt, Neue Schönhauser-, Mühl- und Alexanderstraße, in den Nächten vom 15.—16., 17.—18., 21.—22., 23.—24., 25.—26., 29. bis 30. August, 31. August zum 1. September, 4.—5., 6.—7., 8.—9., 12.—13. und 14.—15. September d. J. ebenfalls von 10 Uhr ab die Linien 58, 61, 69, 74, 80, 104 vom Alexanderplatz ab über denselben Weg, die Linien 61 und 80 jedoch über Kaiser-Wilhelm- und Heiliggeiststraße, umgeleitet.

Die Linie A verkehrt jetzt wieder auf ihrem alten Wege durch die Potsdamer, Kurfürsten-, Flottwellstraße.

Im Poffen-Theater findet heute Freitag, 11. August, die Wiedereröffnung mit zwei von Leonhard Gasse verfassten Poffen „Gedr. Dirch“ und „hängste schon wieder an“ statt.

Aus den Gemeinden.

In den Parteidifferenzen in Teltow-Beetzow.

Wir werden um Aufnahme nachstehender Mitteilungen gebeten:

Röpenitz. Unter Leitung der Genossen Fritz Heidrich und Albert Weher ist hier von einigen Personen ein neuer Verein gebildet, der treffend unter dem Namen „Wahlverein Röpenitz“ auftritt. Wir weisen die Parteigenossen darauf hin, daß der alte Wahlverein unverändert fortbesteht. Wer Mitglied der Partei bleiben will, zähle seine Beiträge nur an die Kassierer des alten Wahlvereins, die eine vom Vorsitzenden Genossen Emil Wihler eigenhändig unterschriebene und mit dem großen Vereinsstempel versehene Legitimation haben.

Jugendweihe in Reutha. Die Jugendweihe findet Sonntag, den 24. September 1916, in der üblichen Weise statt. Anmeldungen werden bis 9. September im Bureau des Wahlvereins und in beiden Zeitungsdekretionen entgegengenommen.

Ferienspiele in Mariendorf. Freitag nachmittag Spielen im Urwald. Treffpunkt um 2 Uhr am Rathaus.

Soziales.

Zur Reichsvereinsgeseknovelle.

Einen Beitrag dafür, wie recht diejenigen hatten, die der Ansicht waren, die Reichsvereinsgeseknovelle garantiere keineswegs ein Recht der Jugendlichen, bringt das letzte „Correspondenzblatt der Generalkommission“.

Dort führt Emil Roth an, daß der „Reichsdeutsche Mittelstandesverband“ am 21. Juni ein Rundschreiben versandt hat, in dem es heißt:

„Der Lehrling ist also dieselbe Gewalt aus, die einem Vater über seinen Sohn zusteht. Kraft dieser Gewalt kann er beispielsweise dem Lehrling verbieten, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Nach den Erklärungen des Vertreters der Reichsregierung soll diese Möglichkeit, wenn wir sie richtig verstanden haben, ausdrücklich offengehalten werden. Freilich hat der Regierungsvertreter von einer Beschränkung des Koalitionsrechts der Jugendlichen „durch Vertrag“ gesprochen. Wir nehmen aber an, daß er hiermit Gewerbetreibende, auf die die vorgenannten Paragraphen zutreffen, die also Lehrlinge im Sinne des Gesetzes beschäftigen, nicht im Auge hatte. Vielleicht hat er gedacht an diejenigen Betriebe, die jugendliche Arbeiter beschäftigen, auf die ja die vorgenannten Paragraphen nicht Bezug haben. Diese würden also durch einen Vertrag, etwa in der Form einer Werkstat- oder Fabrikordnung, vom Anschluß an die Gewerkschaften ferngehalten werden können. Das Handwerk und übrigens selbstverständlich auch der kaufmännische Mittelstand werden in Ruhe überlegen müssen, welche Maßnahmen sie treffen, um die bestehenden Möglichkeiten möglichst allgemein in unserem Vaterlande auszunutzen. Denn die selbständigen Erwerbsleute, die mit der Verantwortung für ihre Betriebe, für ihr Personal und für ihre eigene Existenz bis oben vollgepackt sind, erkennen, welche eine furchtbare Gefahr nicht nur für ihre Berufsstände, sondern für unser gesamtes Volk es haben würde, wenn die Jugendlichen und die Lehrlinge während der Zeit, wo sie ihren Beruf und Gehorsam lernen müssen, in das Getriebe der Gewerkschaften hineingerissen werden. Und daß die Gewerkschaften die feste Absicht haben, die Jugendlichen bei Lohnkämpfen zu verwenden, das offenbaren die vorstehenden Ausführungen aus den Reichstagsverhandlungen. Sorgen die selbständigen Betriebsleiter nicht schleunigst für das Notwendige, so werden sie sich nicht zu wunden brauchen, wenn hernach bei Lohnkämpfen auch die Lehrlinge gezwungen werden, zu streiken. Daran möge jeder Handwerker und jeder Kaufmann denken in dieser Zeit, wo er mit beschließen muß, welche Maßnahmen zum Schutze gegen dieses unheilvolle Gesetz getroffen werden sollen.“

Roth selbst meint dazu: „Gewiß ist der Einfluß der Mittelständler kein großer, aber es wäre nicht ausgeschlossen, daß sie nur das ausgesprochen haben, was die Unternehmer im allgemeinen auszuführen gedenken. Und da heißt es nicht nur für die Gewerkschaften, scharf Auslug zu halten, sondern auch rechtzeitig die Eltern auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche ihrem Nachwuchs männlichen und weiblichen Geschlechts besonders als jugendliche Arbeiter droht, wenn sie durch Verträge oder Arbeitsordnungen irgendwelcher Art daran verhindert werden sollen, auf ihr gutes Recht der gewerkschaftlichen Organisation und damit auf eine Mitbestimmung über ihre Arbeitsbedingungen zu verzichten.“

Alles ganz nett und schön. Aber was nützt das „Auslug halten“, nachdem durch Annahme der Novelle die Gelegenheit verpaßt ist, den Gewerkschaften und den Jugendlichen das Recht zu geben, auf das sie Anspruch haben? Bei der Beratung der Vereinsgeseknovelle hat Ministerialdirektor Nowald für die Reichsregierung ausdrücklich in der Kommission und am 5. Juni im Plenum des Reichstags erklärt: die Gewalt-

Verhältnisse, die durch die Schuldisziplin und durch das Verhältnis des Lehrherrn zum Lehrling durch das Recht der Behörde gegeben sind, sollten durch die Novelle nicht berührt werden. Vergeblich wiesen die Abgeordneten Dr. Herzfeld und Stadthagen darauf hin, daß ja nach dieser Erklärung und nach der des Ministers Delbrück am 10. Dezember 1912 das Recht der jungen Leute, in eine Gewerkschaft einzutreten, von dem Willen der Schulbehörde, der Lehrherrn und der Arbeitsordnung abhängt. Vergeblich der Hinweis, daß ja danach — nach der Uebergangung der Lehrlinge entgegen dem bisherigen Rechtszustand — durch Verträge und durch Schulvorschriften den Fortbildungsschülern, den Lehrlingen, jugendlichen Arbeitern unter 18 Jahren, auch darüber hinaus den Erwerbslosen, den Staatsarbeitern, verboten werden könne, Gewerkschaften anzugehören. Die Novelle wurde in der bekannten Fassung nach den Erklärungen des Staatssekretärs angenommen, denen nur die Möglichkeit, den Jugendlichen den Eintritt in die Gewerkschaften zu verwehren, gegenüber dem früheren Zustand noch erhöht. Ein Zeichen hierfür ist das vom „Correspondenzblatt“ mitgeteilte Rundschreiben. Dies Schreiben zeigt, daß aus der Bestätigung der Novelle in der Form, die leider unter Ablehnung aller Verbesserungsanträge beschlossen ist, den Jugendlichen und den Gewerkschaften neue, schwierigere Kämpfe als bisher um Erringung des vermeintlich ersehnten Rechts der Jugendlichen und Gewerkschaften bevorstehen.

Arbeiterbeschwerden im Kriege.

Darüber, daß die Arbeiterbeschwerden auch für Heereslieferanten gelten, belehrte das sächsische Oberlandesgericht Dresden einen Heereslieferanten.

Der Fabrikant Bahner in Dichtenstein hatte im Herbst vorigen Jahres große Lieferungen für die Heeresverwaltung übernommen, die in kürzester Zeit erledigt sein mußten. Der Fabrikant glaubte, seine Arbeiter ohne weiteres auch in der Nachtzeit von 8½ Uhr abends bis 5½ Uhr morgens beschäftigen zu dürfen, weil nach seiner Ansicht die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung für die Kriegslieferanten nicht bindend seien. Da er die Erlaubnis der Amtshauptmannschaft nicht eingeholt hatte, erhielt er eine Strafverfügung über 100 M. wegen Vergehens nach § 137 der Reichsgewerbeordnung. Diese wurde sowohl vom Amtsgericht Dichtenstein als auch vom Landgericht Jindau bestätigt. Hiergegen wendete sich die Revision des Fabrikanten. Er machte vor dem Oberlandesgericht Dresden erneut geltend, daß er und auch alle anderen Fabrikanten, die mit Aufträgen für die Heeresverwaltung beschäftigt sind, der Meinung gewesen seien, die Gewerbeordnung sei für die Kriegslieferanten nicht mehr bindend. Das Oberlandesgericht belehrte jedoch am Mittwoch den Angeklagten unter Verwerfung seiner Revision eines besseren, indem es entschied, daß ein Rechtsirrtum der Vorinstanzen nicht vorliege. Die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung seien auch für die Kriegslieferanten maßgebend und bindend. Die Genehmigung für Nachtarbeit müsse unter allen Umständen von den Verwaltungsbehörden eingeholt werden. Der Angeklagte habe sich einer fahrlässigen Handlung nach § 137 G.O. schuldig gemacht. Daß er einem Mißverständnis zum Opfer gefallen sei, schütze ihn nicht vor Strafe.

Berichtszeitung.

Ein Selbstmordversuch.

Eine Liebesaffäre, bei der ein Rasiermesser eine Rolle spielte, beschäftigte gestern die Ferienkammer des Landgerichts I.

Die Anklage lautete auf gefährliche Körperverletzung und richtete sich gegen die Näherin Anna Kottin. Ende Dezember vorigen Jahres war die Kottin bei dem Schneider Alfons Wittmer, der sich während des Krieges eine selbständige Werkstatt eingerichtet hatte, als Näherin eingetreten. Es hatten sich zwischen beiden nähere Beziehungen entwickelt. Die Angeklagte behauptet nun, daß diese Beziehungen zu einer Heirat führen sollten, Wittmer dagegen stehe dies energisch in Abrede. W. schrieb nach einem Auftritt zu Pfingsten einen in heftigem Tone gehaltenen Abschiedsbrief. Die Angeklagte suchte ihn noch einmal auf, um eine letzte Aussprache herbeizuführen. Nach ihrer Angabe sollte es wirklich die letzte sein, denn sie habe für den Fall, daß ihr eine Auslösung nicht gelänge, sterben wollen. Lediglich zu diesem Zweck will sie sich das Rasiermesser gekauft und mitgenommen haben. Wie sich das Zusammenreffen abspielte, darüber gehen die Schilderungen der Beteiligten auseinander. Nach der Aussage des Schneiders Wittmer ist die Kottin am Abend des 18. Juni, während er die Tür zu seiner Wohnung in der Dunderstraße aufschloß, plötzlich auf der Treppe hinter ihn getreten, hat ihn am Joch gezipft und ihm, als er sich daraufhin umschau, mit einem bereitgehaltenen Rasiermesser, alles blitzschnell hintereinander, einen Schnitt an der linken Halsseite beigebracht, nachdem sie noch gerufen, sie wolle in seine Wohnung. Dann habe sie ihn in diese hineingedrängt, um ihn weiter mit dem Rasiermesser zu bearbeiten, jedoch sei es ihm gelang, um Hilfe zu rufen, worauf Leute herbeikamen. Die Angeklagte dagegen behauptet, daß sie, da die Aussprache vergeblich war und sie die ihr angeblich angetanen Schmach nicht überleben zu können glaubte, das Messer gegen sich gerichtet habe, um sich den Hals durchzuschneiden. Wittmer habe es ihr entreißen wollen und bei dem Ringen sei es dann wahrscheinlich gegen seinen Hals gekommen. Das Schöffengericht schloß sich den Angaben des Zeugen an und verurteilte die Angeklagte zu 8 Monaten Gefängnis. Auf ihre Verurteilung hin erkannte die Strafammer jedoch auf Freisprechung, indem sie das Gutachten des medizinischen Sachverständigen berücksichtigte, nach dem die ganze Art und Lage der nicht als schwer anzusehenden Verletzung des W. einer böswilligen Absicht der Angeklagten widerspreche.

Ein Schwein zu viel.

Welche Bedeutung einem einzigen Schwein in der Jetztzeit zukommt, zeigte eine Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gegen den Großhändler Georg Wehrendt stattfand.

Zur Regulierung des Bedarfs der Schlächter an Schweinen hat der Magistrat unter dem 11. November 1915 eine auf dem Zentralviehhof angeschlossene Verordnung betr. die Zulassung der Käufer und die Verteilung der Schweine erlassen. Danach durfte ein Großschlächter nicht mehr als 50 Schweine aufkaufen. Gegen diese Verordnung hat der Angeklagte verstoßen, indem er am 16. November auf dem Viehhof anstatt der zugelassenen 50 Schweine deren 51 gekauft hatte. Für dieses eine Schwein sollte der Angeklagte nach dem Antrage des Amtsanwalts 800 M. Strafe zahlen. Das Schöffengericht nahm jedoch nur Fahrlässigkeit an und setzte eine Strafe von 80 M. fest.

Aus aller Welt.

Explosion einer Pulverfabrik bei Bukarest.

Bukarest, 10. August. Ueber eine Mittwoch stattefundene Explosion in der Pulver- und Waffenfabrik Dubesti bei Bukarest wird gemeldet: Die Explosion erfolgte um 10 Uhr vormittags. Es explodierten nacheinander zwei Kesselbehälter. Ein Alkoholbehälter

brannte aus. Die Hauptmagazine, die große Mengen Kether und Alkohol enthalten, sind unbeschädigt geblieben. Vernichtet sind 10 000 Kilogramm Kether und 6000 Kilogramm Alkohol. Der Betrieb des Werkes wird ausgesetzt gehalten. 62 Personen wurden getötet, 108 Personen verletzt, von denen die meisten Brandwunden erlitten. Unter den Toten befindet sich der Vorsteher des Werkes Oberst Abu und der Betriebsleiter Hauptmann Gavopol.

Das unechte Wildschwein.

Ein Schweinebesitzer irgendwo im deutschen Vaterlande hatte sich ein fettes Schwein herangemastet. Da kam indes das Haus- und Jagdwild, und der Besitzer des Orientierers schien wohl oder übel auf den lastigen Hoppeln verzichten zu müssen. Aber bald fand er einen Ausweg. Er nahm Farbe und Pinzel und strich das Schweinchen lauber an, so daß es seinem wilden Vetter zum Verwechseln glich. Abends führte er das Tier in den Wald, stellte sich mit seinem Feuerrohr in schicklicher Entfernung auf und — Wums — wälzte sich der grumme Vosse in seinem Flute. Er hatte seine Rolle bis zu Ende vorzüglich gespielt, nicht so der mit dem frischen Bruch geschmückte glückliche Schälge. Ob er sich selbst seines Jagdglücks gewiß gerührt hatte, oder ob Mutter den Mund nicht hatte halten können, kurzum, die Geschichte kam zur Kenntnis der Polizei und die Folge der Waldmannsfreude war eine Anzeige wegen Uebertretung des Schlachterverbots.

Folgenschwere Vollenbruch in Amerika.

Charleston (Westvirginien), 10. August. (W. T. W.) (Neuermeldung.) Ueber dem Tale des Coal River ging ein Vollenbruch nieder. Man glaubt, daß über hundert Menschen ums Leben gekommen sind. Der Sachschaden beträgt eine Million Dollar.

Parteiveranstaltungen.

Röpenitz. Mitgliederversammlung. Montag, 14. August, abends 8½ Uhr, im Lokale von Ried, Grünauer Str. 7. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgenossenschaft, 2. Stellungnahme zu den Organisationsbestimmungen am Orte, 3. Ertragssatz zum Vorhabe, 4. Vereinsangelegenheiten. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Arbeiterjugend. Sonnabend: Spielen auf dem Platz Rudowstraße. Anfang 7 Uhr.

Sonntag, den 13. August, bei Regenwetter am 10.: Wasserausflug nach Rudow. Abgang 10 Uhr. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Schöneberg, für Rudow 12 Uhr Bahnhof Schöneberg, und 1 Uhr Bahnhof Röpenitz. Gänge und Eltern sind freibleiblich eingeladen.

Dienstag, den 15. August, abends 7 Uhr, Spielen auf dem Platz. Mittwoch: Besprechungsabend im Lokal von Henkel, Reiniger Str. 8. Anfang 8 Uhr.

Schöneberg. Jugendbildungsverein. Sonntag, den 13. August nach Ernter, Treffpunkt 7 Uhr, Kaiser-Wilhelmplatz. Mittwoch, den 16., Spielabend im Lokal Hauptstr. 5, Anfang 8 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“, Mitgliedsschaft Berlin und Umgegend. Sonntag, den 13. August, Ausflug (amüslicher Wettbewerb nach Pichelswerder zum „Alten Freund“). Fahrt per Bahn bis Pichelsberge.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metzalarbeiter zu Hamburg (V. a. G.). Filiale Baumhauener Weg. Für die Treptower Mitglieder mit Sonnabend, den 12. August 1916, abends von 8½—10 Uhr, im Lokal von Borch, Eichenstraße, Ecke Riehlstraße, tolliert.

Allgemeine Familienkassenkassen. Sonntag, den 13. August, Zahl- und Annahmefest von 8—6 Uhr im Restaurant Gerichtstr. 12/13.

Eine Spielkarte für Kinder nach Regel, Schulgenossen am Sonntag den 13. August veranstaltet die Ortsgruppe Berlin des Lauritzvereins „Die Naturfreunde“. Treffpunkt für die Kinder am Sonntag früh: 1. Bellenplatz, Normaluhr, 6 Uhr; 2. Stubosplatz, Kirche, 6 Uhr; 3. Oranienplatz, Zeitungshauschen, 6 Uhr; 4. Steininer Vorortbahnhof, 6.15; 5. Humboldtbad, Kirche, 6.15; 6. Prinzenallee, Ecke Soldiner Straße, Kirche 6.15. Fahrgeld ist mitzubringen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 19. Heft von 2. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Dr. H. Hundman über den Krieg und die Zukunft der Demokratie. Von Dr. Bernheim. — Vom Wirtschaftsmarkt. Kollisionsfall kontra Pilsud. Von Heinrich Cunow. — Bräutliche Gemeindepolitik während des Krieges. Von Emil Fischer (Strasbourg i. E.). — Literarische Rundschau: Professor Friedrich Lenz, Macht und Wirkkraft, die Voraussetzungen des modernen Krieges. Professor G. Wards, Der Imperialismus und der Weltkrieg. Dr. Karl Rumpmann, Imperialismus und Sozialismus in volkswirtschaftlicher Beleuchtung. Von Sp. Dr. Bernhard Darns, Deutschlands Anteil an Welthandel und Weltverkehr. Von a. h. Henri Lambert, Ein neuer Gesichtspunkt zur Friedensfrage. Von Sp. — Notizen: Von der rumänischen Landwirtschaft. Von -sta-

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Kladowstr. 3, IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufschub und eine Zahl als Materialien beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erteilt. Anträgen, denen keine Abonnementsunterstützung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringt man in die Sprechstunde mit.

P. P. 1000. 1. Vom 65. Jahre ab. 2. Rein. 3. Versicherungsamt. — Köpp. Leiber ist die Entziehung möglich. Die Entziehung, ob Bedürftigkeit vorliegt, wird von dem mandatarisch bestellten entsprechenden Kommissionsmitglied festgestellt. — W. D. 36. 1. Rein. 2. Ja. 3. Das hängt von dem Anspruch der Kommission ab, ein Antrags auf Unterscheidung besteht nicht. 4. Ja. — W. P. 3. Auf Erfordern sind die Angaben zu machen, die dem Antragsteller keineswegs die Annahme der Bedürftigkeit. — W. R. 55. Reklameren Sie gegen die Veranlagung unter der Mitteilung, daß Sie im Jahre 1914 aus der Landessteuer ausgeschieden sind. Sie haben die Kirchensteuer zur Höhe 1915 zu zahlen, müssen aber reklamieren, sonst wird die Veranlagung rechtskräftig. — Grundbes. 72. An die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn, Leipziger Platz — J. C. 1. Die Geburtsurkunden und die Einmählung des Hauptmanns sind erforderlich. Gewöhnlich wird der Nachweis von 150 M. Vermögen verlangt. — C. 2. 100. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten sind ohne Rücksicht auf die Höhe des Jahresarbeitsverdienstes von 16. Lebensjahre an ältere und invalide Verdiener, Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen, Lehrer, Schiffer sind nur dann versichert, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 M. an Entgelt nicht übersteigt. — S. 2. 131. 1. Ein bestimmter Satz besteht nicht. Indessen kann der Wert, nachdem zu Protokoll 25 Proz. festgelegt sind, nicht einseitig davon abgehen; er ist hieran gebunden. 2. Sie können unter Vorbehalt weiter zahlen lassen. — 333. W. G. 1. und 2. Eine Verheimlichung können Sie nicht verlangen. 3.—5. Sollte es zum Streit kommen, so möchten Sie Ihre Verheimlichung beweisen. Für den Beweis sind alle Beweismittel, also auch Eid, zulässig. — W. R. 12. 1. Zur Duldung von Operationen, die nicht lebensgefährlich sind, ist nach einer Entscheidung des Reichsmilitärgerichts der Soldat verpflichtet. 2. Das von Ihnen beschriebene Leiden besteht nach den bestehenden Bestimmungen nicht vom Felddienst. — T. 35. Gebührend ist Ihnen nur die Hälfte der Gehälter Ihres verstorbenen Mannes. Sie erben beide zur Hälfte, aber Sie bekommen im Voraus alle Haushaltsgegenstände und Nachlassgegenstände. Der Ehepartner Ihres Mannes erbt nicht mit. — W. R. 12. Die Möglichkeit einer Umstellung liegt vor. Das Gesetz müßte Sie an die Vollstreckung richten. — S. P. 100. Erben Ihres Sohnes sind seine Eltern und Geschwister. Sie erben also mit. — S. 300. Solange Sie erwerbsfähig sind und nur solange Sie erwerbsfähig sind, haben Sie Anspruch auf die Familienrente. — W. G. 77. 1. Rein. Die Frau und Kinder haben Anspruch auf die Witwen- und Waisenrente. Die Witwenrente besteht zunächst nur in einem Anspruch auf Witwenrente für den Fall, daß die Witwe selbst erwerbsfähig wird. 2. Die Höhe richtet sich nach der Zahl und der Höhe der gelebten Renten.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Warm, zunächst noch trocken und vielmal heiter, später vom Westen nach Osten fortzuziehende nordwestliche Trübung und besonders im Süden leichte Regenfälle. Strichweise Gewitter.